

Der Weg in die Demokratie

Uelzen von 1945 bis 1955

Skript zur Ausstellung vom 25. September bis 15. Oktober 2004
im Rathaus Uelzen

Reimer Egge

I. Das Ende des 2. Weltkrieges

- a. Verluste Zerstörungen Schäden
- b. Das Ende des Führungskorps der NSDAP

II. Der Alltag der ersten Nachkriegsjahre . Soziale Realität

- a. Lageberichte zur Versorgung: Ernährung . Volksgesundheit
Wohnen . Trümmerräumung . Materialbeschaffung
- b. Fürsorge - Wohlfahrt

III. Stadtverwaltung Entnazifizierung Militärregierung

- a. Personen und Personalien . Karrieren
- b. Kontinuität und der Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus:
Neuanfang und Wiedergutmachung ?

IV. Beirat und Neugründung der Parteien

- a. Der Beirat
- b. Die Parteien und Wahlen

V. Wiederaufbau

Stadtplanung - Konstanty Gutschow und Karl Schlockermann

VI. Kulturleben

- a. Der Kulturkreis Uelzen
- b. Konzertdirektion Frank in Uelzen

I. Das Ende des 2. Weltkrieges

Am 7. Mai 1945 unterschrieb Alfred Jodl, in Reims die Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht. Nach der Wiederholung des Aktes unter denselben Bedingungen im sowjetrussischen Hauptquartier in Karlshorst bei Berlin trat die Gesamtkapitulation am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft.

Alfred Jodl, der als Chef des Wehrmachtsführungsstabes einer der engsten militärischen Ratgeber Hitlers war, erhob sich nach der Unterzeichnung des Kapitulationsdokuments und bat ums Wort: In dem über fünf Jahre andauernden Krieg hätten das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht mehr geleistet und gelitten als vielleicht irgendein Volk der Welt. „In dieser Stunde bleibt mir nichts anderes übrig, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.“ Er erhielt keine Antwort und verließ mit seiner Delegation den Raum.

Das Schicksal des deutschen Volkes und Deutschlands war in jenem Augenblick gänzlich ungewiß. Die Deutschen hatten nach der ersten Hälfte des Jahrhunderts als einer Zeit furchtbarster Kriege und Verbrechen, wirtschaftlicher und sozialer Verwerfungen und Zusammenbrüche, ungeheurer Menschenopfer und unfassbarer Massenmorde unsägliches Unglück über Europa und die Welt gebracht, sollten aber eine lange Epoche des friedlichen Aufbaus und Ausbaus erleben, wobei als ungewollte Wende sich im Kriegsjahr 1944 für den östlichen Teil die Willkür und Ideologie eines autoritär-totalitären kommunistischen Regimes ankündigte, das vier Jahrzehnte dauern sollte und tiefe Wunden und schmerzende Narben hinterließ.

a. Verluste Zerstörungen Schäden

Tote/Zivilbevölkerung und Soldaten 55 bis 62 Millionen
Stand: 1997; alle Daten annähernd

Tschechoslowakei	375 000 (davon 215 000 Zivilisten)
Polen	4.5 bis 6 Millionen (davon 4 200 000 Zivilisten)
Finnland	84 000
Norwegen	10 000
Dänemark	1 400
Italien	330 000
Rumänien	378 000
Jugoslawien	1 700 000 (davon 1 400 000 Zivilisten)
Bulgarien	20 000
Griechenland	160 000
UdSSR	13 600 000 Soldaten, ca. 7 000 000 Zivilisten (im ganzen etwa 10 % der Gesamtbevölkerung)

Grossbritannien	388 000 (davon 62 000 Zivilisten)
Frankreich	810 000 (davon 470 000 Zivilisten)
Belgien	88 000 (davon 76 000 Zivilisten)
Niederlande	210 000 (198 000 Zivilisten)
USA	318 000
Japan	1 800 000
Juden Europas	6 000 000
Deutsche Juden	500 000
Deutschland	5 200 000 (davon 500 000 Zivilisten)
	8 100 000 Flüchtlinge, von denen etwa 2 000 000 die Flucht nicht überlebten oder verschleppt wurden
	ca. 11 000 000 Kriegsgefangene, von denen mehr als 1 000 000 die Leiden in der sowjetrussischen Gefangenschaft nicht überlebten
	1 600 000 Kriegsbeschädigte
	1 200 000 Kriegerwitwen
	1 400 000 Waisen, davon 60 000 Vollwaisen
	ca. 1 000 000 Ostzonenflüchtlinge

Mit der Einsetzung des Kontrollrates wurde der Verlust der staatlichen Souveränität Deutschlands Realität. Am **5. Juni 1945** unterzeichneten die vier Großmächte die **Deklarationen über Deutschland**, welche das ehemalige Staatsgebiet in vier Zonen teilte: sowjetisch verwaltete Ostzone, Dreiteilung der Westzone unter amerikanisch-britisch-französischer Verwaltung. Verlust des Territoriums östlich der Oder-Neisse-Linie.

Im dunklen Deutschland unterwegs

„Als die Kriegsmaschinerie zum Stillstand kam, begann eine große Wanderschaft: Menschen unterwegs auf den Straßen, entlang der Schienen, querfeldein – zu Fuß, per Fahrrad, auf Lastwagen, in überfüllten Zügen. Die Straßen waren vom Elend einer unvorstellbaren Völkerwanderung erfüllt. In Europa dürften damals 20 bis 30 Millionen Menschen ohne Bleibe gewesen sein. Die Menschen wanderten vom Norden nach dem Süden, vom Osten nach dem Westen und vom Westen nach dem Osten. Sie waren heimatlos und bevölkerten die Bahnhöfe und Züge. Unterwegs waren neben den Flüchtlingen, vor dem Bombenkrieg Evakuierten und Ausgesiedelten die in die Gefangenschaft marschierenden deutschen Soldaten. Unterwegs waren große Teile der Zivilbevölkerung, die sich auf Hamsterfahrt begab. Andere versuchten Kontakte mit Bekannten und Verwandten wieder aufzunehmen: Wer hat meinen Sohn, wer hat meinen Mann gesehen? Ständig fragten Mütter, Väter, Ehefrauen, Kinder die dahinziehenden Menschen; man zeigte Photos und hoffte auf Information.“

Literatur:

Hermann Glaser, Deutsche Kultur 1945 bis 2000. München 1997. S. 55-56

Karl Ploetz, Auszug aus der Geschichte. Würzburg 1960. S. 1191

Zerstörung des Bahnhofsgeländes und der angrenzenden Straßenzüge. Einnahme der Innenstadt Uelzen

Das Bahnhofsgelände in Uelzen war Ziel von drei großen Luftangriffen, die zahlreiche Menschenleben forderten und hohen Schaden anrichteten.

1. 18. April 1944

Der Angriff erfolgte um 15.30 Uhr. Sechs Bomber warfen 23 Sprengbomben und eine große Anzahl von z.T. gebündelten Stabbrandbomben ab.

Es fielen drei Personen (1 Mann, 2 Mädchen).

Der Angriff traf nicht genau das angepeilte Ziel. Die Bomben fielen im Stadtbezirk Graben-, Karl-, Ernst-, Alewin-, Luisenstraße und Bohldamm und zerstörten 20 Wohnhäuser.

Auf den Gleisen des Güterbahnhofs stand zu dem Zeitpunkt ein Güterzug, der vier Munitionswagen rangierte, die durch die in der Nähe abgeworfenen Sprengbomben entgleisten und gleichzeitig explodierten.

Diese Detonationen verursachte bis in das Stadtinnere Dach-, Glas- und Splitterschäden.

2. 22. Februar 1945

Mittags um 12.20 Uhr flogen von Südwesten/Celle drei Pulks von je 12 Bombern das Bahnhofsgelände an. Nachdem der an der Spitze fliegende Bomber eine Rauchrakete in Richtung Güterbahnhof abgeschossen hatte, erfolgten drei Teppichabwürfe von 300 bis 400 Sprengbomben meist schweren Kalibers (250 kg) und eine Anzahl Flüssigkeitsbomben, die auch auf den angrenzenden Straßenzügen östlich des Güterbahnhofs einschlugen. Der Angriff dauerte etwa 10 Minuten. Die Sprengbomben rissen tiefe Krater von 12 bis 17 Metern im Durchmesser und 6 bis 8 Metern Tiefe. Zum Zeitpunkt des Angriffs wurde gerade ein Wehrmachtzug auf den Gleisen des Güterbahnhofs verschoben.

Menschenverluste

Wehrmichtsangehörige: 30 Gefallene

36 Verwundete

34 Vermißte (Tote)

Zivilpersonen:

46 Tote (Es wurden zwei Tage nach dem Angriff immer noch Tote geborgen.)

38 Verwundete (25 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder)

Ausländer:

1 Belgier, 3 Polen

Sachschäden

- a. Der Güterbahnhof wurde völlig zerstört, dazu ein Teil der Gleisanlagen des Personenbahnhofs und die Eisenbahnbrück über die Bahnhofstraße.
- b. Folgende Straßenzüge wurden getroffen: Karlstraße, Dietrichstraße von Alewin- bis Karlstraße, Grabenstraße, Bohldamm von Karl- bis Grabenstraße, Alewinstraße südwärts der katholischen Kirche, Ernststraße, Kuhlaustraße, 2 Häuser der Bahnhofstraße, St.-Viti-Straße von der Bahnhof- bis Wiesenstraße.

Totalschäden: 95 Wohnhäuser

Teilschäden: Dach-, Glas- und Splitterschäden im gesamten Innenstadtgebiet

Aus dem Konzentrationslager Neuengamme wurden 500 Häftlinge nach Uelzen gebracht und in Gebäuden der Zuckerfabrik untergebracht. Die Männer mußten die neun Gleise reparieren. Nach sechs Wochen konnte der Bahnverkehr am 3. April wieder voll aufgenommen werden.

Für die Aufräumarbeiten vor allem im Wohnbezirk wurde vor allem der Reichsarbeitsdienst (RAD 181) unter dem Kommando von Siegfried Utermark eingesetzt. Sein Einsatzbericht an den Bürgermeister Farina vom 5. März 1945 ist folgender:

In der Zeit vom 22.2 .3.3.1945 wurden 16 Lebende und 38 Tote geborgen. Mit 431 Fahrten wurden durch Pferdegespanne Möbel aus den zerstörten oder schwerbeschädigten Häusern geborgen. Auf dem Güterbahnhof wurden 35 000 Dachziegel geborgen und in das Schadensgebiet transportiert. Es wurden 128 leichtbeschädigte und schwerbeschädigte Dächer wieder eingedeckt.

*Siegfried Utermark
Oberarbeitsführer u.*

Gruppenführer

3. 7. April 1945

Der minder schwere Bombenangriff auf das Bahnhofsgelände am 7. April 1945 traf aber das Wasserwerk, so daß die Wasserversorgung der Bevölkerung mehrere Tage lang nur von 8 bis 21 Uhr gesichert war. Der Direktor der Zuckerfabrik Herbert Schütte setzte 10 KZ-Häftlinge für die schweren Reparaturarbeiten ein. Der Bahnbetrieb konnte schon nach 48 Stunden wiederaufgenommen werden. Dem Angriff fielen 20 Personen zum Opfer.

Quelle:

Stadtarchiv Uelzen

IV Fach 178 Lfd. Nr. 21: Schadensmeldung Luftangriffe Uelzen 1944/45

Einnahme der Stadt Uelzen. Zerstörung der Innenstadt

Der fanatisch nationalsozialistische Kreisleiter Heinrich Schneider ging auf keinen Vermittlungsversuch zur kampflosen Übergabe der Stadt ein. Weder der Veersser Einwohner Kurt Altner, den ein britischer Offizier zur Geschäftsstelle des Kreisleiters an der Lüneburger Straße schickte, um dort die kampflose Übergabe der Stadt zu erwirken, noch der Landrat Dr. Karl Düfel und der Bürgermeister Johann Maria Farina konnten sich gegen den Kreisleiter durchsetzen: *Uelzen wird verteidigt bis auf den letzten Mann!*“ war die Antwort.

So setzte sich die Kriegsmaschinerie in Bewegung. Am 18. April morgens um 4 Uhr begann von Veerssen am südlichen Stadtrand der Einmarsch in die Innenstadt. Zwei Stunden später um 6 Uhr fuhr der erste Panzer in die Gudesstraße ein. Die nachrückenden Panzer beschossen die Häuserfassaden mit Granaten und Maschinengewehren und boten damit den anrückenden Infanteristen Schutz. Um 15 Uhr war die Innenstadt in der Hand der Alliierten. Die Polizeiwachtleute und die Feuerwehrmänner wurden gefangengesetzt und an die in der Stadt verbliebene Bevölkerung war Löschverbot ausgegeben. Durch den Einsatz von Flammenwerfern, die das einrückende Militär in die Keller der Häuser richtete, breitete sich ein Flächenbrand im Mühlenviertel und an der Gudesstraße aus.

In diesen letzten Kriegstagen verloren noch einmal 25 Zivilpersonen ihr Leben, dazu etwa 50 Soldaten. Am 20. April kehrte die Bevölkerung in die zerstörte und geplünderte Innenstadt zurück.

Quelle:

Stadtarchiv Uelzen

Verhandlungsakte Heinrich Schneider Mai 1947 bis April 1948

Gesamtschaden an Gebäuden durch Kriegseinwirkung

Kreisgebiet:	2 704 Wohn- und Geschäftsgebäude getroffen
	2 073 gering beschädigt
	207 mittelschwer beschädigt

424 total zerstört

Stadtgebiet: 1 382 Wohn- und Geschäftsgebäude getroffen oder durch Feuerlegen zerstört
417 zu 30/100 % beschädigt bzw. zerstört, somit etwa ein Drittel des innerstädtischen Häuserbestandes

Der 2. Weltkrieg hinterließ ein verwüstetes Europa und Deutschland und zerstörte Städte, in denen das Leben zeitweise erloschen war. Die nationalsozialistische Diktatur hatte allein von 1940 bis zum Kriegsende 1945 nicht weniger als 535 Milliarden RM in die Rüstungsindustrie investiert, die größtenteils durch Bankkredite finanziert wurden. Bei Kriegsende betrug die Schuldenlast 400 Milliarden RM.

In Uelzen war das Wirtschaftsleben ruiniert. Im Oktober 1945, ein halbes Jahr nach dem Kriegsende verbuchte die Stadtparkasse einen Bestand von 89.796.55 RM.

In Uelzen endeten die Kampfhandlungen am 20. April 1945, als morgens um 10 Uhr der Stadtkommandant Major Barefoot den Stadtbaurat Victor Schmah zu sich ins Rathaus lud, dazu die Direktoren der Stadtwerke Max Haupt und Paul Krüger. Sie gaben ihre Zusage, am Wiederaufbau der Innenstadt mitzuwirken. Es sollte der Neuanfang für die Stadt Uelzen werden.

Damit aber leiteten die Alliierten selbst die für die künftige Demokratiebewegung so verhängnisvolle Kontinuität ein, indem sie sich im Augenblick der Not des geschulten und erfahrenen Sachverständes der Personen bedienten, in deren Hände bis zum Kriegsende die Entscheidungs- und Handlungsgewalt lag.

Quelle:

Lüneburger Landeszeitung vom 12. Juni 1946

b. Das Ende des Führungskorps der NSDAP

Der Lebenslauf der drei Kreisleiter des Kreises Uelzen ist auf der Grundlage der Archivalien nachvollziehbar. Es waren in zeitlicher Reihenfolge Ernst Brändel, Albert Rodegerdts und Heinrich Schneider. Alle drei haben ein höheres Alter erreicht.

Ernst Brändel starb im Alter von 64 Jahren an Herz- und Kreislaufschwäche im Internierungslager Sandbostel, in dem er während des Gerichtsverfahrens gegen ihn interniert war, Albert Rodegerdts wurde 74 Jahre alt. Ihm wurde

nach einem Gnadengesuch am 10. März 1952 die Reststrafe erlassen. Heinrich Schneider erreichte das Alter von 69 Jahren.

Die Lebensjahre der drei nationalsozialistischen Kreisleiter nach dem Kriegsende waren geprägt von den Folgen ihrer politischen Überzeugung während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, während der sie als Kreisleiter so viel Unglück über die Uelzener Bevölkerung gebracht hatten.

Entnazifizierungsverfahren und Strafmaß basierten auf den vom Kontrollrat der Alliierten in den *Potsdamer Beschlüssen* festgelegten 5 Kategorien, in welche die Deutschen einzuordnen waren:

- I. Hauptschuldige
- II. Schuldige
- c III. Minderbelastete
- d IV. Mitläufer
- e V. Unbelastete
- f

Das bürokratische Medium dieses Verfahrens bildete der komplizierte Fragebogen mit mehr als 100 Fragen, die jeder erwachsene Deutsche zu beantworten hatte. Das Ziel war, den Schuldigen und Tätern des Nationalsozialismus den Einfluß auf das öffentliche Leben zu nehmen. Durch diese bürokratische Handhabe der Alliierten aber wurde es möglich, daß ein jeder zum Zwecke seines bürgerlichen Fortkommens andere und sich selbst glauben machen konnte, daß er mit dem Nationalsozialismus eigentlich gar nichts zu tun hatte.

Die Tatsache, daß den drei Kreisleitern und Tätern in den Gerichtsverfahren nach 1945 ein Mord nicht nachgewiesen wurde, führte zu dem Urteil von nur wenigen Jahren Gefängnisstrafe, obwohl sie als Mitglieder des nationalsozialistischen Führungskorps zur Kategorie I „Hauptschuldige“ gehörten. Im Fall des ehemaligen Kreisleiters Ernst Brändel, der während des gegen ihn laufenden Gerichtsverfahrens starb, wurde das zu erwartende Urteil nicht mehr gesprochen.

1. Ernst Brändel Kreisleiter in Uelzen von 1930 bis 1939

* 21.9.1883 Zwickau + 12.10.1947 Internierungslager Sandbostel

Am 24. April 1945, also noch vor dem eigentlichen Kriegsende mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 7. Mai in Reims wurde Ernst Brändel von den Alliierten in Verden/Aller verhaftet, wo er seit 1941

Kreisleiter war, und in das Internierungslager Sandbostel eingewiesen. Dort starb Brändel an den Folgen einer Bauchfellentzündung und Herz- und Kreislaufschwäche am 12. Oktober desselben Jahres noch während des laufenden Gerichtsverfahrens gegen ihn. Auf der Karteikarte des Internierungslagers Sandbostel ist handschriftlich eingetragen *Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, da der Beschuldigte verstorben ist.*

Haft und Gerichtsverfahren:

Als Ernst Brändel am 24. April 1945 in Haft genommen und am 26. Mai 1945 in das Internierungslager Sandbostel gebracht worden war er 63 Jahre alt und schwer krank, eine Tatsache, die allem Anschein nicht erkannt wurde. Dies ist der Sterbeanzeige für ihn zu entnehmen, in der von einer „schweren, nie geahnten Krankheit“ zu lesen ist.

Das Ermittlungsverfahren gegen Ernst Brändel wurde am 12. Mai 1947 vor der Spruchkammer in Stade eröffnet. Unmittelbar danach erschien im *Cuxhavener Anzeigenblatt vom 15. Mai 1947* ein Aufruf an die Bevölkerung, auszusagen und sich als Zeugen zur Verfügung zu stellen: *Wenn auch für eine Verurteilung die Zugehörigkeit zu einer für verbrecherisch erklärten Organisation nach dem 1. September 1939 Voraussetzung ist, so können dennoch für die Bewertung der Persönlichkeit auch zeitlich vorhergehende Handlungen unter Umständen von Bedeutung sein.*

Sofern der Beschuldigte sich nicht selbst an verbrecherischen Handlungen beteiligt hat, ist es von Bedeutung, ob er Kenntnis davon hatte, daß die Organisationen (politisches Führungskorps, Gestapo und SD, SS für Begehung von verbrecherischen Handlungen benutzt wurden (z. B. Judenverfolgungen, Zwangsarbeiterproblem, Fliegermißhandlung, Geislerschießungen, KZ-Angelegenheiten).

Damit werden auch die Richtlinien und Rechtsnormen deutlich ausgesprochen, auf deren Grundlage die Urteilsfindung stattfinden sollte

Ernst Brändel war ein Nationalsozialist der auch nach außen hin üblen Sorte und als solcher den Machthabern zu schwierig. Wegen anhaltender Unstimmigkeiten mit Bürgermeister Farina, der - selbst Parteimitglied - machtbewußt und als Verwaltungschef konsequent auf genaueste Durchführung seiner Amtsgeschäfte auf der Grundlage der nationalsozialistischen Gesetze und Verordnungen bestand, wurde Brändel von der Parteileitung 1939 im Wechsel mit Albert Rodegerdts nach Cuxhaven versetzt, wo er nur zwei Jahre blieb und 1941 nach Verden/Aller umgesetzt wurde.

Ernst Brändel fand also keinen Fürsprecher unter seinen ehemaligen Parteigenossen. Die beiden folgenden Zeugenaussagen charakterisieren diesen Mann:

1. Schriftliche Aussage des Polizeiwachtmeister Josef Henschel aus Uelzen vom 30. Juni 1947: *Bei den politischen Parteien und bei der Entnazifizierungskammer wird Brändel als moralisch minderwertig bezeichnet. Als Ursache für seine Versetzung im Jahre 1939 wirft man ihm Saufereien, Prügeleien und aufspielerisches Benehmen in der Öffentlichkeit vor. Er ist der Typ jener Nazis, die im sicheren Gefühl ihrer Macht hemmungslos wurden und ihre Triebe und Neigungen nicht mehr zügeln konnten, wie es für ihre dienstliche Stellung in der Öffentlichkeit notwendig gewesen wäre. Auch war er ein prahlerischer und impulsiver Mensch, welcher auch in Mitgliederwerbung für die NSDAP häufig Drohungen aussprach und Druck anwendete.*

2. Schriftliche Zeugenaussage des Bankiers i.R. und ehemaligen Parteimitglieds Friedrich Koop aus Lüneburg vom 30. Mai 1947: *Der ehemalige Kreisleiter Brändel aus Uelzen hat sehr viele Feinde. Sein unanständiges Verhalten gipfelt vor allem darin, daß er den beiden Angestellten des Arbeitsamtes Uelzen, die die Ausländer schwerstens mißhandelten, nicht das Handwerk gelegt hat. Es handelt sich um die Arbeitsamtsangestellten Bratze und Geffert. Beide waren Angehörige der SS, die auf Geheiß der Kreisleitung Polen und Russen bis zur Unkenntlichkeit verprügelten, anläßlich geringster Vergehen.*

Quelle:

Bundesarchiv Koblenz

Z 42 VII/272: Verhandlungsakte Ernst Brändel –Kreisleiter.

Mai bis Oktober 1947

2. **Albert Rodegerdts Kreisleiter in Uelzen von 1939 bis 1941**

*23.9.1898 Belum/Land Hadeln + 11.2.1973 Münster/Westfalen

Bis zum Kriegsende am 7. Mai 1945 war Albert Rodegerdts Festungskommandant in Cuxhaven. Am 17. Mai 1945 wurde er verhaftet und in das Internierungslager Sandbostel gebracht, von dort in das Lager Westertimke, aus dem er am 7. März 1946 nach ärztlicher Untersuchung für lagerunfähig erklärt – der linke Oberschenkel war nach einer Kriegsverwundung im 1. Weltkrieg amputiert – und auf seinen Hof in Belum entlassen. Als das Ermittlungsverfahren gegen ihn in Gang kam, wurde Rodegerdts am 1. Mai 1948 als Untersuchungshäftling in das Internierungslager Fallingbostel eingewiesen.

Am 20. August 1948 wurde am Spruchgericht Benefeld-Bomlitz gegen Albert Rodegerdts eröffnet. In den *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für Stadt und Kreis Uelzen* vom 10. Juli 1948 erschien ein Zeugenaufruf an die Bevölkerung, ebenso in der *Lüneburger Landeszeitung* vom 14. Juli.

Es sollen an dieser Stelle zwei schriftliche Zeugenaussagen vorgelegt werden.

1. Johann Maria Farina, Bürgermeister der Stadt Uelzen von 1913 bis zum 30. Januar 1946, und Wilhelm Kliefoth, 1. Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister von 1933 bis 1945, setzten ihre Aktivitäten der alten Seilschaft aus der Zeit der nationalistischen Gewaltherrschaft fort und traten für den Beschuldigten ein: *Wir haben Albert Rodegerdts, der vom 1.9.1939 bis April 1941 Kreisleiter in Uelzen war, bei den verschiedensten Gelegenheiten kennen und schätzen gelernt und können ihm auf Grund seiner Äußerungen und Handlungen das Zeugnis eines absolut sauberen und ehrenwerten Mannes ausstellen, der einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn besitzt und stets nach besten Kräften für das Wohl der Bevölkerung sich einsetzte. Mit der Stadt Uelzen bzw. ihrer Verwaltung waren in der Zeit seiner Amtsführung als Kreisleiter im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht die geringsten Differenzen oder gar Streitigkeiten zu verzeichnen. In seinem Auftreten war Rodegerdts stets bescheiden und von ausgleichendem Wesen. Kurz gesagt: Der Kreisleiter Albert Rodegerdts war ein durchaus anständiger Charakter und ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle.*

Farina
Ehemaliger Bürgermeister
der Stadt Uelzen
von 1913 – 1945

Kliefoth
Ehemaliger 1. Stadtrat und
stellvertretender Bürger-
meister der Stadt Uelzen

2. Entgegengesetzten Inhalts, aber mit allen übrigen Zeugenaussagen übereinstimmend ist die Aussage des Kaufmanns Wilhelm Grefe aus Otterndorf, die - dem Oberstaatsanwalt Schlesinger am 28. Juni 1948 vorgetragen - protokolliert wurde: Als Betroffener beschuldigte er Rodegerdts der notorischen Wortbrüchigkeit, der schwersten Korruption und der persönlichen Rachsucht. *Ich nehme bestimmt an, daß sich bei einem Aufruf noch Personen melden werden, die etwas Belastendes über Rodegerdts angeben können. Rodegerdts duldet keinen Widerspruch. Das Recht war ihm vollständig nebensächlich. Er war die Verkörperung eines Nationalsozialisten im ganz üblen Sinne.*

Am 25. November 1948 wurde das Urteil gesprochen und folgendermaßen begründet: Der Angeklagte hatte dem politischen Führungskorps der NSDAP angehört und wußte, daß die Parteiorgane die Hauptträger der Propaganda gegen die Juden waren. Er hat der Gestapo Meldungen über die politische Unzuverlässigkeit einzelner Auskünfte geliefert. Da der Angeklagte aber während der Verhandlung einen guten Eindruck gemacht hatte und zudem als schwer körperbehindert einzustufen war, wurde das Strafmaß von zwei Jahren Gefängnis für angemessen angesehen.

Die erlittene Internierungshaft von etwa 14 Monaten wurde auf das Strafmaß angerechnet. Nach der teilweisen Verbüßung der Haftstrafe wurde dem Verurteilten aus gesundheitlichen Gründen und wegen guter Führung während der Haft bis zum 1. April 1952 eine Bewährungsfrist zugebilligt.

Vor Ablauf der Schonfrist reichte das Spruchgericht Benefeld-Bomlitz am 10. März 1952 ein Gnadengesuch ein, die Reststrafe zu erlassen. Dem wurde entsprochen: *Rodegerdts hat sich dem politischen Leben vollkommen ferngehalten. Obwohl in seiner Wohngemeinde die SRP (Sozialistische Reichspartei) ziemlich stark vertreten ist, kümmert er sich nicht um das politische Geschehen. Er wird auch von seinen ehemaligen politischen Gegnern heute als unbedeutend hingestellt. Er leidet an einem Gebrechen, das ihn zu einer vollkommenen Zurückhaltung zwingt. Sein jetziges Verhalten zeigt, daß der Erlaß der Strafe auf dem Gnadenweg befürwortet werden kann.*

Quelle:

Bundesarchiv Koblenz

Z 42 II/2509:Verhandlungsakte Albert Rodegerdts – Kreisleiter.

Juli bis August 1948

Entnazifizierung und Strafurteile

Es ist nicht möglich, über solch ein geringes Strafmaß für ein Leben im Zeichen ständiger Verbrechen unkritisch hinwegzusehen. Die Kreisleiter standen für ein diktatorisches Regime ein, das mit Terror regierte. Leicht war es für diese Männer, ihren eigenen Interessen und Schwächen nachzugeben, denn so lange die Nationalsozialisten in einem Staat, in dem Partei und Staat identisch waren, an der Macht waren, blieben sie selbst weitgehend geschützt und hatten freie Hand.

Warum also dies geringe Strafmaß für ein verbrecherisches Leben, als das Kriegsende zugleich auch das Ende der nationalsozialistischen Diktatur war?

Möglich waren diese Fehltritte durch die von den Alliierten selbst geschaffenen Rechtsgrundlagen und Richtlinien zur Entnazifizierung und Strafverfolgung der sogenannten Belasteten. 1946 wurde in den westlichen Besatzungszonen das Entnazifizierungsverfahren an mit Laienrichtern und Schöffen besetzte Spruchkammern übertragen. Damit endete sie weitgehend in der Rehabilitierung und 1951 ebnete das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes fast allen ehemaligen Nationalsozialisten den Weg zur Wiedereingliederung in den öffentlichen Dienst. Im Bewußtsein der Westdeutschen folgten nach dem Kriegsende auf die kurzzeitige Reflexion über

Schuld und Verstrickung bereits 1946 Selbsterklärung und *Rechtfertigung*. Die rechten Parteien wie der BHE, die SRP und die DP argumentierten, daß Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Ausdruck von Selbsthaß und Unterwerfung unter die Sieger sei. Eine Mehrheit solidarisierte sich mit den „Leichtbelasteten,“ klagte über „Siegerjustiz“ und ab 1947 gewann auch unter dem Einfluß des kalten Krieges die Kritik an der Entnazifizierung im gesellschaftlichen Diskurs die Oberhand. Bereits 1948 gingen beide Kirchen so weit, die Entnazifizierung als grausame Verfolgung mit nazi-ähnlichen Methoden zu bezeichnen. Das „Gnadenfieber“ mit der Forderung nach *Integration der Nationalsozialisten* erfaßte die von der „Unfähigkeit zu trauern“ (A. und M. Mitscherlich) bzw. der „beschwiegenen Schuld“ (R. Giordano) geprägte Bevölkerung.

In dieser Situation erließ die Bundesregierung zu Weihnachten 1949 eine Amnestie für NS-Belastete, und 1950 empfahl der Bundestag den Abschluß der Entnazifizierung. Dem folgte im Zuge der „Wehrhaftmachung“ 1950 die Kampagne zur *Freilassung von Kriegsverbrechern* aus alliierten Gefängnissen, die – von Führungspersonen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes und der SS mitorganisiert – breite Unterstützung in der Bevölkerung bis hin zu den Bundestagsfraktionen sämtlicher Parteien (außer der KPD) fand.

(50 Jahre Deutschland. Ploetz Freiburg 1999)

3. Heinrich Schneider Kreisleiter in Uelzen
September 1944 bis April 1945
*** 3.12.1894 Kassel + 13.8.1964 Hamburg**

Heinrich Schneider hatte die kampflose Übergabe der Stadt Uelzen verhindert und gab die Parole aus „Uelzen wird verteidigt bis auf den letzten Mann!“ Doch am 17. April 1945 floh er nur wenige Stunden vor dem Einzug der britischen Truppenteile in die Stadt, für deren Zerstörung er verantwortlich gemacht werden muß. Er schlug sich durch nach Lüneburg, wo er in der Uelzener Straße mit seiner Frau eine Wohnung hatte. Dort wurde er am 6. Mai 1945 verhaftet und in das Internierungslager Fallingbostal gebracht, wo er bis zum 18. Februar 1948 als Internierungshäftling blieb und auf sein Strafverfahren wartete, das am 15. Januar 1948 vor der Spruchkammer Benefeld-Bomlitz eröffnet. Die Urteilsverkündung erfolgte nach Anhörung von 21 Zeugen, deren Aussagen für die Urteilsfindung von Gewicht waren, am 13. Juli 1948:

Der Angeklagte wird wegen Zugehörigkeit zum Korps der Politischen Leiter als Gauschulungsleiter und Kreisleiter in der Zeit von 1943 bis 1945 gemäß

*Kontrollratsgesetz Nr. 10 in Verbindung mit dem Nürnberger Urteil und der Verordnung Nr. 69 zu einer **Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten** und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die erlittene Internierungshaft wird auf die erkannte Strafe angerechnet.*

Zur Charakteristik des Angeklagten ist dies zu sagen:

Zahlreiche Leumundszeugnisse, die zur Urteilsfindung eingeholt wurden, zeigen, daß auch nach dem Krieg in weiten Kreisen der Bevölkerung die politische Verblendung fort dauerte. Sie bestätigte sich wieder einmal in der Fehleinschätzung der Person Heinrich Schneider, der – jetzt ohne Macht und Einfluß - „untadelig“ auftrat: *Ich kenne ihn als einen Mann mit einem wahren, stets aufrechten, ehrlichen Wesen. Er hat einen anständigen Charakter und war gerecht in der Beurteilung anderer Menschen, auch wenn sie politisch nicht seiner Meinung waren. Mir ist bekannt geworden, daß er seine Arbeit im Beruf und politisch stets als Idealist ausführte und stets hilfsbereit gegenüber den in Not Geratenen gewesen ist.* (Zeugenaussage von Rudolf Lahrs – Bremen vom 24.4.1947)

Sein wahrer Charakter zeigte sich in der feigen Flucht vor dem Einmarsch der Alliierten in die Stadt Uelzen, die er damit der Zerstörung auslieferte, obwohl er die Parole ausgegeben hatte „Uelzen wird verteidigt bis auf den letzten Mann!“

Heinrich Schneider wurde nicht wieder in seine Stelle als Lehrer eingesetzt, lebte mit seiner Frau in kinderloser Ehe in Wendisch-Evern, zog aber am 5. Juni 1950 nach Lüneburg um, wo er bis zu seinem Tod Frommestraße 1 eine Wohnung hatte. Nach anfänglich gelegentlichen Arbeitseinsätzen, wofür er wöchentlich etwa 30.-DM erhielt, war Schneider seit dem 8. Februar 1950 arbeitslos und lebte zu dem Zeitpunkt von Arbeitslosenunterstützung, wöchentlich 25.70 DM. Er war deshalb nicht imstande die Haftkosten von 10. Juni bis 24. November 1949 = 168 Tage a 1.50 DM mit 252.- DM zu bezahlen. Seine Frau war kränklich und konnte zum Verdienst nicht beitragen. Heinrich Schneider starb im Alter von 69 Jahren 1964 in Hamburg.

Quelle:

Stadtarchiv Uelzen

Verhandlungsakte Heinrich Schneider – Kreisleiter in Uelzen;

Mai 1947 bis August 1948

4. Otto Telschow Gauleiter Ost-Hannover 1928 bis 1944

Mitglied des Reichstages September 1930 bis 1945

*** 27. Februar Wittenberge 1876 + 31. Mai 1945 Lüneburg**

Ausbildung bis 1893 am Kgl. Preußischen Militär-Knaben-Erziehungsinstitut Schloß Annaberg bei Wittenberge

25.10.1893 – 30.9.1897 Militärdienst als Dreijährig-Freiwilliger beim Ulanen-Regiment 2 (Saarburg)

1.10.1898 – 30.9.1902 Kapitulant beim Husaren-Regiment 15 (Wandsbek), zuletzt Unteroffizier

1.10.1902 – August 1914 Verwaltungsbeamter in der Polizeibehörde Hamburg

1905 Deutsch-Soziale Partei, Mitarbeiter der Zeitung „Deutsch-soziale Blätter“

August 1914 zum Kriegsdienst als Feldlazarett-Inspektor eingezogen
Oktober 1914 - November 1917 Fronteinsatz in Flandern, Rumänien und im Baltikum

1.12.1917 - 31.12.1918 Lazarett-Oberinspektor im Reservelazarett III in Bremen

1919-1924 Verwaltungsbeamter in der Polizeibehörde Hamburg, zuletzt Polizei-Obersekretär
1924 pensioniert

1924 **DVFP**

1924 - Juli 1925 Führer der DVFP in Lüneburg und Stade

Juli 1925 **NSDAP** (Mitgliedsnummer: 7 057)

16.7.1925 - 1.10.1928 Gauleiter des Gaus Lüneburg-Stade der NSDAP

Gründer der Wochenschrift **Niedersachsen-Stürmer**

Mai 1928 erfolglose Kandidatur zum Preußischen Landtag

1.10.1928-1944 Gauleiter des Gaus Hannover-Ost der NSDAP

November 1929-1933 Mitglied des Hannoverschen Provinzial-Landtages

April 1933 Präsident des Hannoverschen Provinzial-Landtages

11.7.1933 Preußischer Staatsrat

1934 Preußischer Provinzialrat der Provinz Hannover

1939 Mitglied des Verteidigungsausschusses des Wehrkreises XI

1940 Gauwohnungskommissar des Gaus Ost-Hannover

1941 Beauftragt mit den städtebaulichen Maßnahmen der Stadt Lüneburg

1942 Beauftragter des GBA für den Gau Ost-Hannover

1942 - 1944 Reichsverteidigungskommissar für den Gau Ost-Hannover

1944 offenbar als Gauleiter durch Christian Opdenhoff abgelöst

Mai 1945 als Holzarbeiter in einem Forsthaus untergetaucht, von den Engländern verhaftet, soll sich beim Abtransport auf einem LKW die Pulsadern aufgeschnitten haben und in einem Lüneburger Krankenhaus gestorben sein. Damit entzog er sich einer zu erwartenden Strafverurteilung als Mitglied des nationalsozialistischen Führungskorps

Literatur:

Joachim Lilla (Bearb.) Statisten in Uniform.
Die Mitglieder des Reichstages 1933 – 1945.
Ein biographisches Handbuch.
Düsseldorf 2004

g II. Der Alltag der ersten Nachkriegsjahre **Soziale Realität**

- a. Lageberichte zur Versorgung:**
 - Ernährung . Volksgesundheit**
 - Wohnen**

Die Landwirtschaft in Niedersachsen verzeichnete seit Kriegsende sinkende Ernteerträge, so daß die Einfuhr von 2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel (vor allem Getreide) errechnet wurden, um die Bevölkerung ausreichend zu ernähren.

Im letzten Kriegsjahr 1944 wurden noch 4.5 Millionen Tonnen Getreide geerntet, die Ernte des Jahres 1945 ging um 20 Prozent zurück, ergab also nur noch 3.6 Millionen Tonnen. Der Grund war die Ausmagerung des Bodens infolge der in den Kriegsjahren ungenügenden Düngung mit Kunstdünger. Um das Defizit auszugleichen, müßte ab 1945 erheblich mehr Kunstdünger ausgelegt werden, als überhaupt hergestellt werden konnte.

Errechnet wurde dies:

Der Bedarf an Getreide für die Herstellung von Brot, Nahrungsmitteln, Kaffee-Ersatz und für Brauzwecke belief sich für den Bereich Hannover für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis zum 21. Juli 1946, also für die 77. bis 90. Kartenperiode auf 636 839 Tonnen, wobei die ungezählten Selbstversorger unberücksichtigt bleiben. Demgegenüber waren aber für das Erntejahr 1946 nur 520 000 Tonnen Getreide zu erwarten.

Die Lebensmittelkarten wurden im Ordnungsamt Uelzen an der GroßLiedernerstraße 5 ausgegeben, dessen Leiter nach dem Krieg Kurt König war, der bis zum Kriegsende das Amt des Stadtkämmerers innehatte.

Die Zahl der täglich durchreisenden Personen, die auf der Suche nach ihren Angehörigen waren oder unterwegs waren, um Arbeit und Wohnung zu finden, war unübersehbar. Allein im Juni/Juli 1945 beanspruchten 21 795 Personen auf der Durchreise die Speisung der Notstandsküche Mühlenstraße 34. Sie ließen sich bei der Fürsorgestelle Essensmarken aushändigen, die sie in der Notstandsküche einlösten. So entgingen den Uelzener Einwohnern folgende Nahrungsmittelmengen: 4 699 kg Brot, 397 kg Fleisch, 406 kg Fett, 185 kg Nahrungsmittel. Gleichzeitig stieg die Einwohnerzahl ständig, im Zeitraum vom 16. August bis zum 27. Oktober 1945 allein um 758 Personen. Damit stieg die Einwohnerzahl von etwa 14 500 bei Kriegsausbruch 1939 auf etwa 23 700 im Jahr 1950, als sich die Bevölkerungsfluktuation stabilisiert hatte.

Schulspeisung

Die Speisung wurde an 5 658 Kinder abgegeben, von denen 4 899 als unterernährt galten. Davon waren 1 810 Kinder Flüchtlinge.

Bis zur Währungsreform, die mit dem „Gesetz über Neuordnung des Geldwesens“ vom 21. Juni 1948 in Kraft trat, wurden die Schulkinder an ihrer Schule mit der Hoover-Schulspeisung versorgt:

Die Speisung erfolgte in den Räumen der Lucas-Backmeister-Schule. Der Lehrer Heinrich Meybohm aus der Ziegelhofstraße 2 übernahm die Organisation und überwachte die Annahme und Ausgabe der Nahrungsmittel, die in vom Bauamt gesicherten Räumen des St.-Viti-Krankenhauses gelagert wurden. Von dort wurden die Tagesrationen zum Schulgebäude gebracht und dort in großen Kesseln zubereitet. Die Kinder stellten sich mit ihrem Kochgeschirr in Dreiergruppen auf dem Schulhof auf und erhielten ihren Schlag Essen aus einer 20-Liter-Milchkanne. Dazu gab es eine halbe Scheibe Schwarzbrot. Die Kinder verzehrten ihr Essen dann im Schulgebäude oder auch auf dem Schulhof.

Die Stadtverwaltung Uelzen stellte allein für die Monate Januar bis August 1948 beachtliche 13 000 DM bereit. Nach längerer Beratungsphase fiel die Entscheidung, daß die Eltern sich mit monatlich 3 DM pro Kind an den Unkosten beteiligen sollten.

Eine Folge der Mangelernährung war die sich **ausweitende Tuberculose (Tbc)**, die weite Teile der Bevölkerung ergriff. Das Flüchtlingsproblem ist in diesem Zusammenhang von gravierender Bedeutung. Die Flucht aus dem Osten verlief improvisiert und unter extremster physischer und psychischer Belastung. Im Westen angekommen ging es um den Neuanfang der eigenen Existenz, um die Wohnungs- und Arbeitssuche und die Selbstverwirklichung.

Am 1. Oktober 1946 erschien in der Lüneburger Landeszeitung (Uelzener Ausgabe) der Bericht *Bedrohliche Zunahme von Unterernährung und Tuberkulose*:

„Die Ernährungskrise zeigt nun auch im Kreis Uelzen immer verhängnisvollere Folgen. Sie beginnt zu einer tödlichen Gefahr zu werden. Den amtlichen Stellen sind bisher zwar nur zwei Fälle bekannt geworden, in denen Menschen aus dem Kreis Uelzen an Hunger gestorben sind. In Wirklichkeit dürfte die Zahl derer sein, die mittelbar oder unmittelbar an Unterernährung zugrunde gegangen sind, bereits erheblich höher liegen.“

Dies teilte der Leiter des Gesundheitsamtes Uelzen Amtsarzt Dr. Fritz Keßler auf der vorhergehenden Kreistagssitzung mit. Und weiter: Die Anträge auf die lebensnotwendige Zuteilung der Zusatznahrung war im August 1946 um 182 % gestiegen. Im September liefen beim Gesundheitsamt mehr als 1 500 Anträge auf Zusatznahrung ein. Im Juli wurde eine Steigerungsrate von 235 % derjenigen festgestellt, die 10 kg Untergewicht hatten. Es wurden Gewichtsverluste bis zu 30 kg bekannt. Im Juli wurden 61 unterernährte Kinder gezählt, im September hatte sich die Zahl auf 218 erhöht.

Im Herbst 1946 wurden im Gesundheitsamt Uelzen aufgrund der Röntgenuntersuchung etwa 2 000 Menschen im Kreisgebiet als Tbc-gefährdet registriert, 230 von ihnen waren bereits an offener Tuberkulose erkrankt. In 35 Fällen mußten die Erkrankten aus Mangel an Wohnraum mit den gesunden Familienmitgliedern in demselben Raum schlafen.

Quelle:

Tagesausgaben der Lüneburger Landeszeitung (s. Text)

Literatur:

Hermann Zelle Ergebnisse der Röntgen-Reihen-Untersuchung
im Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm
in der Zeit von Oktober 1949 bis Juli 1952.
diss. Hamburg 1955

Wohnen

Am Vorabend der Kommunalwahlen am 15. September 1946 existierten in der Stadt Uelzen schon wieder 3 580 unbeschädigte Wohnungen mit 11 120 Wohnräumen. Die Wohnungsnot, ein existentielles Problem der Nachkriegsmonate bis in das Jahr 1946 hinein, begann sich zu entspannen, war aber wirklich ausgeglichen erst Mitte der 50er Jahre. Die allmählich einsetzende Freigabe zahlreicher Häuser und Wohnungen, die von den Besatzungsmitgliedern beschlagnahmt, d.h. bezogen worden waren, trug dazu bei, daß die eigentlichen Bewohner und die Eigentümer in zugewiesene Wohnräume umziehen mußten.

Zu diesem Datum waren die großen und repräsentativen Häuser Alewinstraße 1, 7, 9, 10, 15 und 17 (heute Kriminalpolizeidienststelle) bereits wieder freigegeben, auch die Gasthäuser „Hotel Stadt Hamburg“ (Lüneburger Straße), „Zur Sonne“ (Hoefftstraße), „Fischerhof“ (im Stadtwald), „Café Kawohl“ (Bahnhofstraße).

Beispiele:

Stadtbaurat Victor Schmah, seit dem 1. Juli 1945 im Ruhestand, mußte erst im Herbst 1946 das eigene Haus Linsingenstraße 19 für die nächsten vier Jahre räumen und in eine Wohnung im Haus Linsingenstraße 24 (Dr. Brauer) umziehen. Für zwei Jahre war Oberst Reaks aus Manchester der Bewohner des Hauses, während der folgenden zwei Jahre wechselten die Bewohner. Die Tochter von Victor Schmah, Isolde Fischer, mußte während der vier Jahre den Garten pflegen. Wertgegenstände aus der Einrichtung des Hauses waren in einem Kellerraum unter Verschuß, der aufgebrochen wurde, so daß die gelagerten Gegenstände beim Wiedereinzug der Familie Schmah-Fischer – Victor Schmah, die Tochter Isolde Fischer mit dem Sohn Ulf - 1950 nicht mehr vorhanden waren. Auch der Perserteppich aus dem Wohnzimmer war gestohlen worden. Rückerstattet wurden dann aber die massiv in Holz gearbeitete Eßzimmereinrichtung aus der Zeit der Gründerjahre und die biedermeierlichen Wohnzimmermöbel. Beide Ensembles mußten aufgearbeitet werden, wofür Victor Schmah ein Festbetrag von der Stadt erstattet wurde.

Beengtes Wohnen

Lüneburger Straße 15 / Bürgerliches Brauhaus

Das Haus Lüneburger Straße 15 gehörte Wilhelmine Hamborg, die 1876 geboren wurde und im Jahr 1945 im 70. Lebensjahr stand.

Im Parterre waren die Gast- und Wirtschaftsräume eingerichtet. Im 1. und 2. Obergeschoß und unter dem Dach aber waren um 1950 folgende Bewohner als Mieter gemeldet:

1.OG: Hauptmieter war Bücherrevisor Wilhelm Voges mit Frau Friedel und Sohn Bernt (!)

4 Räume: 1 Wohn- und 1 Schlafzimmer, Büroraum und Küche, Sohn Bernt schlief unter dem Dach in einem kleinen Schlafräum.

Untermieter war Otto Kaiser mit Ehefrau Erna, die nun einen Raum als Wohn- und Schlafzimmer nutzten. Im selben Raum schlief die Tochter Ingeborg (16 Jahre).

Im Februar 1950 zog Familie Kaiser aus, nur wenige Tage darnach die Familie Warnecke ein. Bald darauf wurde der erste Sohn Dieter von Albert und Alinda Warnecke geboren, 1952 Sohn Rolf und 1954 Sohn Gerd. Die 5köpfige Familie zog erst im August 1961 aus dem kombinierten Wohn- und Schlafräum aus. Zu dem Zeitpunkt war der älteste Sohn Dieter schon 10 Jahre alt.

2. OG.: Die Hausbesitzerin Wilhelmine Hamborg bewohnte einen großen Wohn/Schlafraum und eine Küche, zu der ein Abstellraum gehörte. Den zweiten Wohn/Schlafraum bewohnte Helene Esklony, die auch über eine eigene kleine Küche verfügte. Der Ehemann war im Januar 1952 verstorben.

1953/54 zog der kaufmännische Angestellte Friedrich Doller mit Sohn Gerd ein, darnach die Eheleute Georg und Erna Frisch, die mit den beiden Kindern Elke und Lutz-Dieter bis 1960 blieben.

Unter dem Dach wohnte seit 1945 der Arbeiter August Rasch mit Frau Auguste und Sohn Horst, der zum Zeitpunkt des Einzugs schon 13 Jahre alt war. Erst mit 25 Jahren machte er sich selbständig und zog 1957 aus. Seine Eltern gaben die Wohnung 1967 erst 10 Jahre später auf.

Trümmerräumung . Materialbeschaffung

Am 1. Juli 1945 war der aus Berlin stammende Bauingenieur Hans Bergmann als Nachfolger für den aus dem Amt scheidenden Stadtbaurat Victor Schmah von der Militärregierung eingesetzt worden. Er leitete nun das Bauamt der Stadt Uelzen mit folgenden Abteilungen:

Hoch- und Tiefbau mit Bauhof, Planungsstelle, Baupolizei, Beschaffungsstelle, Rechnungsabteilung, Wohnungsamt. Das auf Anordnung der Militärregierung Anfang August 1945 eingerichtete *Baulenkungsamt* wurde am 1. November 1945 vom Landkreis übernommen. Am 1. April 1946 wurden diesem Amt folgende Abteilungen unterstellt: Wohnungsamt, Baupolizei, Planungsstelle mit den Baufreigaben und Neu- und Umbauten. So wurde dem „wildes Bauen“ auf Eigen- und Privatinitiative ein Riegel vorgeschoben und der planmäßige Wiederaufbau eingeleitet.

Bevor der planmäßige Wiederaufbau beginnen konnte, mußten die Erosionen, die nach den Luftangriffen noch in den Straßenzügen am Bahnhofsgelände vorhanden waren, eingeebnet und weggeschafft werden, und die Zerstörungen, welche die Alliierten beim Einzug in der Innenstadt angerichtet hatten, aufgeräumt werden.

Vor dem Einbruch der Wintermonate wurde auf der Sitzung des Stadtberatungsausschusses am 5. Oktober 1945 ausdrücklich über die Wohnraumbeschaffung, also über die Trümmerräumung und den Wiederaufbau beraten. Bis Anfang Februar 1946 waren die Trümmer weitgehend geräumt und Bodenerosionen eingeebnet. Dafür waren vom Arbeitsamt Uelzen 800 Bauhandwerker eingesetzt worden, von denen 500 schon wieder über die grüne Grenze nach Osten abgewandert waren, alle diejenigen nämlich, die von auswärts arbeitssuchend in die Stadt gekommen waren.

Major Barefoot von der Militärregierung hatte eigene Vorstellungen von der Aktion „**Trümmerräumung**.“ Er verstand sie unter dem Aspekt der Erziehung zur Demokratie als Gemeinschaftsaktion der Bevölkerung. Auf der Sitzung des Stadtberatungsausschusses am 27. Februar 1946 sagte er: *Es sei traurig hier von Leuten, die die Stadt repräsentieren, zu hören, wie gearbeitet werde. Die Stadt sei durch den Krieg stark mitgenommen worden. Deshalb könne nicht nur ein Teil der Bevölkerung verantwortlich gemacht werden. Es müsse jeder bestrebt sein wiederaufzubauen und nicht nur zu vernichten. Die Arbeiten auszuführen, sei keine Strafe, auch keine besondere Klasse soll davon betroffen werden. Die Arbeiten gegen Bezahlung ausführen zu lassen, sei nicht zuzulassen. Leute, die stark genug seien, hätten am Wiederaufbau der Stadt mitzuarbeiten. Dies sei der Wille der obersten Streitkräfte.*

Diese Ansicht, die den volkserzieherischen Aspekt betonte, widersprach der Auffassung der Behörden und der Stadtverwaltung, die für diese Arbeit die immer noch arbeitslos gemeldeten Personen einsetzen wollten.

Die bis Sommer 1946 noch nicht von Trümmern geräumten Bauplätze und Grundstücke sollten aber noch im laufenden Kalenderjahr abgearbeitet werden. Am 14. August 1946 schrieb der Leiter des Stadtbauamtes Hans Bergmann an die Dienststelle der Militärregierung zu Händen Major Barefoot, daß die Trümmerräumung nun endgültig erledigt werden sollte und dies in etwa 6 Wochen Arbeitseinsatz. Dann erst könnten die Grundstücke auch wieder bebaut oder die zerstörten Häuser wieder aufgebaut werden.

Beschluß des Bauausschusses, dessen Vorsitzender Josef Wagner war:

Zu dieser Gemeinschaftsarbeit sollen alle Männer im Alter von 18 bis 50 Jahren herangezogen werden. Die Registrierung erfolgt durch das Einwohnermeldeamt. Befreit von diesem Einsatz sollen Kriegsbeschädigte und politische (ehemalige) Häftlinge. Die Entscheidung darüber liegt allein beim Bauausschuß.

Die geborgenen Baumaterialien sollen auf den jeweiligen Grundstücken bleiben und dort gestapelt werden.

Täglich von 8 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr sollen etwa 100 Mann eingesetzt werden.

Beginn der Arbeit soll Montag, der 2. September 1946 sein. Für die Dauer der Trümmerbeseitigung wurden 4 bis 6 Wochen angesetzt.

Dieser Beschluß wurde realisiert.

b. Fürsorge - Wohlfahrt

Das Problem der Vertriebenen ist mit den Möglichkeiten und Mitteln des Landes Niedersachsen nicht zu lösen. Solange die Vertriebenen noch nicht in ihre alte Heimat zurückgeführt werden können, müßten sie auf alle Besatzungszonen entsprechend ihrer Aufnahmefähigkeit verteilt werden.

So lautet der erste Satz der Präambel des Gesetzes über die Betreuung der Flüchtlinge im Lande Niedersachsen vom 1. Juni 1947 (Nieders.GVBL.S.30).

In den ersten Nachkriegsmonaten wurde die Gesamtheit der Probleme vom Stadtberatungsausschuß beraten und abgearbeitet. Erst seit Beginn des Jahres 1946 bildeten sich die Fachausschüsse für bestimmte Bereiche des öffentlichen und des privaten Lebens. Die erste Sitzung des Fürsorge-Ausschusses fand am 29. Januar 1946 statt. Seit März 1946 betreute dieser Ausschuß neben den Hauptfürsorge-Empfängern und Rentnern auch die durchreisenden Flüchtlinge, die gänzlich unbemittelt waren. Fortan lautete der Name des Ausschusses **Wohlfahrtsausschuß**. Es gab pro Person ein Tages- und Handgeld von 2.50 RM. Im Zeitraum Mai/Juni 1946 zahlte die Stadt Uelzen 10 673.60 RM aus. Damit wurden 363 Flüchtlinge aus der russischen Besatzungszone versorgt, zusätzlich 53 Flüchtlinge aus der britischen Zone. Erst 1948 sank die Zahl der Flüchtlinge, so daß sich die monatliche Auszahlung des Handgeldes auf 9 000 RM einpendelte.

Der Sachbearbeiter war der technische Kaufmann Günter Jaecke, wohnhaft Schillerstraße 26. Er hatte sein Amtszimmer im alten Rathaus und versah dieses schwierige Amt ehrenamtlich, darüber hinaus entschädigte er seine Schreibkraft aus eigener Tasche.

Die Realität:

Georg Kühl – Die alltägliche Lebenssituation nach 1945

Georg Kühl wurde am 27. Januar 1905 in Neuruppin/Mark Brandenburg geboren. Schon 1928 trat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. 1944 kam er in französische Kriegsgefangenschaft, dann in britische, wurde in die USA überführt, von dort kam er wieder in britische Gefangenschaft. Kriegsentlassen kam er am 3. Februar 1947 nach Uelzen, wo die Familie Großeltern, Eltern und Kinder wieder zusammenfand. Schon drei Wochen später konnte Georg Kühl seinen Beruf als Volksschullehrer an der Lucas-Backmeister-Schule wiederaufnehmen.

Mit der Wohnung gab es jedoch Probleme: Die achtköpfige Familie hatte im Haus Schillerstraße 37 a eine möblierte Wohnung bezogen, deren Einrichtung aber im Januar dem rechtmäßigen Besitzer nach Aufhebung der Beschlagnahme durch die Alliierten zurückzuerstatten war. Ein Hilferuf an den Parteigenossen und Bürgermeister Adolf Hochgraefe brachte die Wende in der Not. Aus Möbelbeständen erhielt Georg Kühl 4 Betten mit Matratzen, 2 Kleiderschränke, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 1 Tisch, 8 Stühle und 8 Wolldecken. Aus einer Verfügungsmasse konnte er zusätzlich ankaufen: 1 beschädigte Couch, 3 beschädigte Sessel, 3 Bettstellen, 3 Matratzen, 6 Stühle, 1 Blumenhocker, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Wohnzimmertisch, 1 Küchentisch und 2 Regale.

Quellen:

Akten des Sozialamtes der Stadt Uelzen:

23.60.1-21: Betreuung für Vertriebene und Flüchtlinge

Tagesausgaben der Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide (AZ)

Literatur:

Reimer Egge „Mit Einverständnis der Militärregierung...“

Uelzen von 1945 bis 1955.

Becker Verlag Uelzen 1994. bes. S. 19-39; 64-86

III. Stadtverwaltung . Entnazifizierung . Militärregierung

a. Personen . Personalien . Karrieren

Das ist ja überhaupt das Verhängnis für Deutschland, daß die alte Generation überall an die Spitze muß. Die mittlere Generation fällt nahezu vollständig aus, weil sie in der Partei war. Die junge Generation ist nicht urteilsfähig weder in politischer noch in sonstiger Hinsicht. Sie muß völlig umerzogen werden.

(Konrad Adenauer, April 1946)

Mit diesen Worten bewies der künftige Bundeskanzler der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland Dr. Konrad Adenauer politischen Durchblick. Seine Regierungszeit von 1949 bis 1963 aber war geprägt durch den kalten Krieg, der eine Wiedervereinigung Deutschlands aussichtslos erscheinen ließ. Adenauers unbedingt eingehaltener pro-westliche Regierungskurs, dazu seine Personalentscheidungen (s. Dr. Hans Globke als Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1953-1963) und das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes von 1951, das fast allen ehemaligen Nationalsozialisten die Wiedereingliederung in den öffentlichen Dienst ermöglichte, lassen ihn im Licht dessen erscheinen, bereitwillig mit den „ehemaligen“ Mitgliedern der Partei und deren Elite zusammenzuarbeiten.

Die Wiedereinsetzung dieser Eliten in die öffentlichen Ämter verlangsamte den Demokratisierungsprozeß:

Das lange Schweigen, Vertuschen und Schönfärben der Vergangenheit durch die Führungseliten und ihr fehlender Wille, für mitverschuldetes Unrecht einzustehen, hat die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik innen- und außenpolitisch stark belastet und die Herausbildung einer demokratischen Gesellschaft beträchtlich verzögert. Ein stärkerer Druck der politischen Nachkriegselite auf den Justizapparat hätte sicherlich die juristische und politische Aufarbeitung der Vergangenheit vorantreiben und den Austausch der belasteten durch unbelastete Führungskräfte beschleunigen können. Vielleicht wären der Bundesrepublik dadurch die großen gesellschaftlichen Konflikte der sechziger und siebziger Jahre erspart geblieben.

(In: Thomas Fischer, Hitlers Eliten nach 1945. DTV 2.Aufl.2004. S. 11)

Aus diesem Grund ist das Datum des 7./9. Mai 1945 auch nicht die „Stunde Null“ anzusetzen, weil es keinen von Altlasten freien Aufbruch gab und die personelle Kontinuität Realität war. In Uelzen setzte dies bereits vor dem Kriegsende ein, als Major Barefoot als Vertreter der Militärregierung unmittelbar nach der Zerstörung der Innenstadt die Direktoren der Stadtwerke Max Haupt und Paul Krüger, dazu den Stadtbaurat Victor Schmah für den 20. April 1945 morgens um 10 Uhr in das alte Rathaus bestellte und deren Zusage zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Stadt einholte. Auch der Bürgermeister Johann Maria Farina blieb im Amt. Die Verwaltung der Stadt Uelzen lief fortan zweigleisig: Als oberste und letzte Entscheidungsinstanz fungierten die Vertreter der Militärregierung, den technischen Sachverstand brachten die Alteingesessenen ein. Erst nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne wurden von den Alliierten die Entnazifizierungskammern eingerichtet. Diese zeitliche Abfolge steht logischerweise im Widerspruch zu den ersten schnellen Entscheidungen.

Der faktischen Auflösung der NSDAP mit der Kapitulation folgte das offizielle Verbot der Partei am 20. September und das ihrer Gliederungen und Organisationen

am 10. Oktober 1945. Die Alliierten selbst führten ein Dreistufenprogramm durch, um die politische Denkweise der deutschen Bevölkerung zu treffen:

- a. Internationales Gerichtsverfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg
- b. Entnazifizierung der Bevölkerung
- c. Re-education

Die Entnazifizierung wurde vom Kontrollrat gelenkt und mit Hilfe eines komplizierten Fragebogens durchgeführt, dies mit dem Ziel, den Einfluß nationalsozialistischer Gesinnung auf das öffentliche Leben zu abzuwenden. Schon bald wurde das Verfahren im fließenden Übergang in die Hände der Deutschen selbst gelegt. Dieser bürokratisch durchgeführte Ansatz verfehlte sein Ziel, da die einzelnen zum Zweck ihres bürgerlichen Fortkommens betreffenden Personen ihre jeweils persönliche Situation nun so darstellen konnten, daß sie mit dem Nationalsozialismus eigentlich nichts zu tun hatten.

Die Lage in Uelzen

Noch bevor die von den Alliierten eingerichteten Berufungskammern 1946 ihre Arbeit aufnahmen, wurden schon in den ersten Nachkriegsmonaten die Spitzen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, der Behörden und Stadtwerke, der Schulen, Krankenhäuser, der Banken und Sparkassen von diesen aus ihren Stellen entlassen.

Nur wenige Tage nach dem offiziellen Kriegsende wurden im Mai 1945 vom Oberpräsidenten in Hannover die Richtlinien zum personellen Neubau der Stadtverwaltung formuliert: **Die gesamte Persönlichkeit und nicht die Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei soll ausschlaggebend sein.**

Die vorgesehenen Personen sollen vorläufig nicht als Stadträte, sondern als Beiräte berufen werden.

Diese Entscheidung war klug, realitätsorientiert und schien praktikabel, enthielt aber bereits die Voraussetzung für künftiges Fehlverhalten. Sie leitete die politischen und gesellschaftlichen Konflikte der künftigen Jahrzehnte ein und konnte diese nicht verhindern.

In Uelzen wurde die Militärregierung mit dem Entnazifizierungsverfahren im August 1945 aktiv. Am 1. Juli war Hans Bergmann von der Militärregierung als Nachfolger des Stadtbaurats Victor Schmah eingesetzt worden und am 16. August zu einer Besprechung geladen, an der Major Barefoot, Captain Gouldon und zwei Vertreter der Geheimen Staatspolizei teilnahmen. Es ging um die ehemaligen SA-Unterrührer in der Stadtverwaltung:

Bauamt

Stadtbaurat Victor Schmah, Stadtbauinspektor Karl Bollow, Stadtbautechniker Friedrich Siebert

Hauptamt

Stadtbürodirektor Friedrich Ahrens, Stadtinspektor Robert Madeheim, Stadtinspektor Wilhelm Schulze

Stadtkämmerer Kurt König

Sparkasse

Sparkasseninspektor Wilhelm Schneider, Revisor Arthur Siefarth, Angestellter Franz Grimm

Oberförster Günter Prodehl

Nach eingehender Besprechung kam man zu dem Ergebnis, daß die Entlassung dieser Herren vorerst nicht in Frage käme. Captain Goulden begründete es damit, daß die Verwaltungen dieser öffentlichen Einrichtungen dann nicht mehr arbeitsfähig wären und ein geeigneter Ersatz zur Zeit nicht vorhanden sei.

Diese Männer blieben also zunächst in ihren Ämtern, doch wurden zur selben Zeit folgende Personen auf Anordnung der Militärregierung aus ihren öffentlichen Ämtern entlassen:

Wilhelm Kliefoth	Stadtrat ab 1933
Kurt Just	Stadtrat ab 1933
Wilhelm Lendle	Oberstudiendirektor
Paul Schäffer	Studienrat / Kunsterziehung
Robert Kahrens	Sparkassenangestellter
Hermann Benning	Sparkassenangestellter
August Harms	Verwaltungsangestellter

Es sollten entlassen werden alle diejenigen Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung und Sparkasse, die vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP waren oder zu irgendeiner Zeit Offiziere/Unteroffiziere der Waffen-SS sowie der SA mit dem Rang eines Scharführers waren:

<u>Name</u>	<u>Dienstgrad</u>	<u>Alter</u>	<u>SA-Eintritt</u>	<u>Partei-Eintritt</u>
Stadtverwaltung				
Victor Schmah	Stadtbaurat	64	8.7.1933	1.5.1937
			Obertruppführer	
Karl Bollow	Bauinspektor	48	8.7.1933	1.5.1937
			Truppführer	
Friedrich Siebert	Bautechniker	41	26.5.1933	1.8.1935
			Obertruppführer	
Kurt König	Stadtkämmerer	51	8.7.1933	1.5.1937
			Obertruppführer	
Friedrich Ahrens	Bürodirektor	57	8.7.1933	1.5.1937
			Oberscharführer	
Wilhelm Schulze	Inspektor	37	8.7.1933	1.5.1937

Robert Madeheim	Inspektor	37	Scharführer 10.7.1933	1.5.1937
Günter Prodehl	Förster	43	Scharführer 8.7.1933 Oberscharführer	1.5.1933
Sparkasse				
Wilhelm Schneider	Inspektor	50	5.11.1933	1.5.1937 Oberscharführer
Arthur Siefahrt	Revisor	44	1.5.1933	1.5.1937 Obertruppführer
Franz Grimm	Angestellter	38	Nov.1933	1.5.1937 Truppführer
Walter Burgdorf	Kassierer	41	Nov.1933	1.5.1937 Scharführer

Diese Angaben und Informationen unter dem Arbeitstitel *Betrifft: Überprüfung der Mitarbeiter in der Stadtverwaltung Uelzen* sind Inhalt des Schreibens des noch amtierenden Bürgermeisters Farina vom 24. August 1945, gerichtet an den Landrat in Oldenstadt. Im folgenden Text heißt es: **Falls diese Mitarbeiter auf Grund einer strengen Auslegung entlassen werden müßten, würde die Stadtverwaltung fast ganz zum Stillstand gebracht werden, da u.a. fast sämtliche Beamte des gehobenen mittleren Dienstes in der Stellung eines Dienstabteilungsleiters davon betroffen würden. Dieses kann m.E. von der Militärregierung nicht beabsichtigt sein und ist auch von der hiesigen Militärregierung nach wiederholter Rücksprache vorläufig abgelehnt worden. Auch sie steht auf dem Standpunkt, daß, falls die Entlassung der vorgenannten Beamten vorgenommen würde, die Stadtverwaltung mit ihrer doppelten Arbeitslast im Vergleich zu der Zeit vor der Zerstörung eines großen Teiles ihrer Stadt dann nicht mehr arbeitsfähig sei und daß zur Zeit kein geeigneter Ersatz für die Beamten vorhanden ist.**

Und weiter heißt es:

Ich bin bereit jederzeit einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Sämtliche vorstehend aufgeführte Beamte und Angestellte sind m.E. niemals „aktive Nazis“ bzw. überzeugte Parteianhänger gewesen. Es war für die Beamten auch anderer Behörden ein gewisser Zwang der Grund des Eintritts in die SA gewesen. Sie waren meist über 40 Jahre alt, Kriegsteilnehmer von 1914/18 und nicht mehr körperlich so rüstig, um in der Waffen-SA (sic) Dienst zu tun. Sie wurden deshalb auch nicht in die aktive SA, sondern in die SA-Reserve eingereiht. Propagandistisch ist keiner von ihnen hervorgetreten. Irgendwelchen politischen Einfluß wie z.B. die politischen Leiter der Partei haben sie niemals ausgeführt. Ihre Betätigung bestand vorwiegend in der Ausübung des Sports oder untergeordneten Diensten, wie Füllung von Versammlungen der Partei der NSDAP, von Märschen, Absperrungen,

Altmaterialsammlungen und anderes mehr. Wegen ihrer mangelnden körperlichen Rüstigkeit wurden sie auch meist im inneren Dienst verwandt. Im übrigen wurde der Dienst mehr oder weniger unwillig und ohne besonderen Eifer getan, da er die an und für sich geringe Freizeit der Beamten an Sonntagen noch mehr beschränkte.

In einem wenige Tage später am 29. August 1945 an den Landrat gerichteten Brief reagierte Farina deshalb mit Unverständnis, daß die übergeordnete Behörde auf seine Beschlüsse und Urteile nicht mehr reagierte und im Schweigen deutlich machte, welches sein politischer Standpunkt war.

Farina schrieb dieses: **Nachdem ich 32 Jahre lang die Geschicke der Stadt stets unparteiisch und erfolgreich geleitet habe, schenkt man mir auf einmal kein Vertrauen mehr. Welcher Art die „berechtigten“ Klagen der an einer Bereinigung interessierten Bevölkerungskreise sind und von wem sie kommen, ist mir nicht bekannt. Ich kann aber nur annehmen, daß es Bevölkerungskreise sind, denen dieser und jener Beamte durch sein korrektes Vorgehen in strenger Befolgung der bestehenden Gesetze und Anordnungen (im Nationalsozialismus) unbequem geworden ist oder die mit ihren persönlichen Wünschen und Anträgen abgewiesen werden mußten.**

So also schrieb Bürgermeister Farina über seine langjährigen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung. Ansonsten reagierte er erprobt pflichtgemäß auf Anordnung des Vorgesetzten und der Regierung, wurde im Gegenzug selbst aktiv in Sachen Entnazifizierung und Entlassung: **In Beachtung des neuesten Erlasses des Herrn Oberpräsidenten vom 3. September 1945 in Verbindung mit dem Schreiben der Militärregierung vom 28. August 1945 teile ich mit, daß ich folgende Beamte und Angestellte entlassen werde, sobald die Zustimmung der Militärregierung vorliegt:**

Berufsschuldirektor Emil Wiesenfeld

Chefarzt des Städtischen Krankenhauses (nebenamtlich) Dr. med. Ludwig Johannsen

Stadtkassenangestellter Hans Wanninger

Bautechniker Walter Haarhaus

Am 3. April 1946 lag dem Arbeitsamt Uelzen eine Liste vor mit 20 Namen der Männer die zu diesem Zeitpunkt aus dem öffentlichen Dienst entlassen waren. Die meisten der auf der Liste aufgeführten Frauen und Männer waren noch vor dem Gesuch Farinas, ihn zum 30. Januar 1946 in den Ruhestand zu versetzen, entlassen worden.

Fragebogen und Entnazifizierungsausschuß

Am 12. Februar 1946 fand eine Kreistagssitzung statt, deren einziger Tagespunkt die Einrichtung der Entnazifizierungskammern war. Der Landrat Heinrich Becker eröffnet die Sitzung und Major Humphreys führte folgendes aus:

1. **Es soll ein Entnazifizierungsausschuß gebildet werden, dessen Mitgliederzahl sich zwischen 6 bis 16 Mitgliedern bewegen soll, je nach Einwohnerzahl des Kreises. An Hand des Fragebogens der Militärregierung Deutschland für alle Leute in der Industrie, im Handel, Handwerk und Gewerbe soll die politische Einstellung und Einbindung in den Nationalsozialismus erkannt werden. Die Mitglieder des Kreistags sollten im Vorfeld die Frauen und Männer des zu bildenden Entnazifizierungsausschusses auswählen und diese den Vertretern der Militärregierung vorstellen. Dieser Ausschuß soll selbstverantwortlich arbeiten. Der Vorsitzende soll Rechtsanwalt sein.**

2. **Der Überprüfungsausschuß soll aus 5 Mitgliedern des Kreistages bestehen. Dieser Ausschuß soll verantwortlich sein für die Berufungen. Der Vorsitzende soll ein Rechtsanwalt sein.**

Der einzureichende Fragebogen klassifizierte die Leute in drei Gruppen:

1. die entlassen werden müssen
2. die nach der Ansicht der Militärregierung entlassen werden sollen
3. die ohne Bedenken weiterbeschäftigt werden können

Entlassen werden konnten auch Selbständige, deren Betrieb oder Bauernhof dann von einem Verwalter geführt wird, welcher der Militärregierung gegenüber verantwortlich sein soll.

Josef Wagner, Mitglied der KPD und im Mai 1945 aus dem Konzentrationslager Buchenwald nach Uelzen zurückgekehrt, Mitglied des Kreistages stellte in der folgenden Diskussion die alles entscheidende Frage, nämlich was mit **den Leuten geschehen soll, die verhinderte Nazis sind, deren Fragebögen zwar gut sind, die aber sonst sehr aktiv waren.**

Darauf antwortete Major Humphreys: **Dies ist der Hauptgrund, weshalb die Deutschen selbst die Fragebogen durchstudieren sollen. Sie kennen die Leute und können erkennen, ob der Fragebogen der Spiegel der Person ist.**

Josef Wagner war es auch, der an den von der Militärregierung eingerichteten **Ausschuß zur Unterstützung der ehemaligen politischen Gefangenen** erinnerte. Er meinte die Frauen und Männer, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern waren. Diese Menschen sollten in den Ausschuß gewählt werden, um erlittenes Unrecht wiedergutzumachen: **Die Nazis waren Nutznießer der letzten 12 Jahre. Sie konnte sich Kapitalien aneignen, während die KZ-Häftlinge schwer bluten mußten, die Gesundheit verloren und zu Tode**

gekommen sind. Der Ausschuß will, daß er in erster Linie in dem Überprüfungsausschuß vertreten ist.

Daraufhin beantragte Josef Wagner, daß ein KZ-Häftling Mitglied des Überprüfungsausschusses wird. Gewählt wurden diese Männer.

- | | |
|------------------------------------------|---------------------|
| 1. Artur Harms, Rechtsanwalt | Bad Bevensen |
| 2. Otto Behrens, Pastor | Gerdau |
| 3. Otto Marwedel, Lokomotivführer | Uelzen |
| 4. Josef Wagner, Bauunternehmer | Uelzen |
| 5. Friedrich Kaiser, Landwirt | Grabau |

Bis weit in das Jahr 1947 wurden die Entnazifizierungsverfahren jedoch in Lüneburg und Celle durchgeführt. Die Verfahren gerieten in Verzug, so daß die Räume der Kommission am 1. Oktober 1947 im Haus Gudesstraße 33 – ehemals Katasteramt an der Ecke Mauerstraße – eingerichtet wurde.

Nach dem Willen der Militärregierung sollten sich die Beisitzer in der Kammer folgendermaßen zusammensetzen:

- 2 NLP
- 2 SPD
- 2 CDU
- 1 FDP
- 1 KPD
- 1 Gewerkschaftsvertreter

Am 14. Januar 1948 aber wurden folgende Männer als Mitglied der Berufungskammer von der Militärregierung bestätigt:

- | | |
|------------------------------------|--------------|
| Otto Borstorff, Kaufmann, Uelzen | NLP |
| Georg Riechers, Arbeiter, Uelzen | Gewerkschaft |
| Albert Beusch, Bürogehilfe, Uelzen | Gewerkschaft |
| Richard Conrad | SPD |
| Ernst Krüger | CDU |

Dr. Alfred Berger, Amtsgerichtsrat a.D. Vorsitz

Die KPD stellte kein Ausschußmitglied, da der kalte Krieg, d.h. der pro-westliche Politikurs Dr. Konrad Adenauers sich strikt gegen den Kommunismus wandte und im öffentlichen Leben schon Wirkung zeigte.

Quellen:

Stadtarchiv Uelzen.
II Gemeinde-Angelegenheiten.

Fach 51. Lfde Nr. 40: Entnazifizierung und Betriebsprüfungen

Fach 51. Lfde Nr. 40 a: politische Reinigungsaktion – Selbstreinigung der
Behörden

Fach 51. Lfde Nr. 40 b: Entnazifizierung 1947

Kreisarchiv Uelzen:

IX K 5/12

16/A/II/3

Literatur

Gösta v. Uexküll

Konrad Adenauer.
rowohlt 2001

**b. Kontinuität und der Umgang mit den Opfern des
Nationalsozialismus:
Neuanfang und Wiedergutmachung ?**

Als am 7./9. Mai 1945 die Kapitulationsurkunden unterschrieben waren, wurden die Kriegshandlungen beendet, eine Stunde Null aber gab es nicht. Die Deutschen mußten nun tagtäglich mit den Lasten der 12 Jahre dauernden nationalsozialistischen Diktatur umgehen, die Verantwortung für deren Folgen tragen und diese überwinden. Dies alles verzögerte und verdarb einen wirklichen Neuanfang unter dem Vorzeichen der Demokratie.

Was die staatsrechtliche Erneuerung betrifft, die 1949 erfolgte Gründung der Bundesrepublik Deutschland, von der die erst 1989 hinzugekommenen „neuen Bundesländer“ aber ausgeschlossen waren, so sind die wesentlichen Voraussetzungen erarbeitet worden. Das Grundgesetz trat am 23. Mai 1949 in Kraft. Der erste Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer selbst hat dann aber Irritationen und Konflikte eingebracht, als 1951 das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes den ehemaligen Nationalsozialisten den Weg in die Wiedereingliederung des öffentlichen Dienstes ebnete. Das trug paradoxerweise zunächst zur Stabilisierung der jungen Bundesrepublik bei und entsprach dem allgemein herrschenden Opportunismus und Vergessenwollen, mußte aber zu Konflikten führen, die sich in den 60er Jahren realisierten und sich letztlich auf die wirtschaftlich-soziale Realität der Gegenwart auswirken. Für die Täter war der Weg frei so zu tun, als hätten sie sich niemals eines Unrechts schuldig gemacht.

Schon das Entnazifizierungsverfahren, das die Altlasten nicht aufheben konnte, brachte die Unfähigkeit sowohl der Alliierten als auch der Deutschen selbst an den Tag, mit der Schuld umzugehen. Zwar war der Grundsatz, den die Alliierten vertraten, daß die Deutschen selbst es am besten beurteilen konnten, wer zu bestrafen und wer zur Rechenschaft zu ziehen war, der richtige, doch blieb der mit Elan und Überzeugung begonnene Vorsatz unbewältigt, da auch nach dem Ende der Diktatur die verhängnisvolle Verstrickung jedes einzelnen in den nationalsozialistischen Alltag und dessen vergiftete Atmosphäre weiterhin jeden einzelnen betraf und mit einem Neuanfang nicht ungeschehen blieb. Da war es schon leichter, dem Opportunismus zu folgen.

Dies mußte auch Folgen haben im Umgang der Deutschen mit den Opfern des Nationalsozialismus, für den jeder deutsche Staatsbürger bis heute – ob schuldig oder nicht - verantwortlich ist. Das 1951 verabschiedete „Amnestiegesetz“ schützte die Täter, die sich nun nicht mehr zu verantworten hatten, für die Opfer und die ehemals Verfolgten aber, die häufig leer ausgingen, bedeutete dies eine neuerliche Demütigung. Dies alles hat der jungen Demokratiebewegung geschadet und den Fortschritt verlangsamt.

Kontinuität

Nachdem die Alliierten eine Welle der Entlassungen der Mitarbeiter und Personen aus den Stellen des öffentlichen Dienstes in Gang gesetzt hatten, zugleich aber sich des technischen Sachverstandes und der in langen Berufsjahren erworbenen Erfahrungen der für unentbehrlich eingestuften Behördenleiter bedienten, diese also zunächst in ihren Stellen beließen, bis ein geeigneter Ersatz eingearbeitet war, meldeten diese Personen bald wieder Ansprüche an, in den öffentlichen Dienst zurückzukehren.

Bereits 1947 gewann unter dem Einfluß des kalten Krieges – pro-westlich gegen kommunistisch – die Kritik am Entnazifizierungsverfahren im gesellschaftlichen Diskurs die Oberhand. Eine breite Mehrheit solidarisierte sich mit den „Leichtbelasteten“ und prangerte eine „Siegerjustiz“ an. In dieser in der Gesellschaft vorherrschenden Atmosphäre des „Gnadenfiebers“ wurde die Forderung nach Integration der Nationalsozialisten laut, die mit dem „Amnestie-Gesetz von 1951 auch Realität wurde.

Die **Richtlinien der Entnazifizierung** stuften die einzelnen Mitglieder der Bevölkerung in 5 Kategorien ein:

- I. **Kriegsverbrecher:** Die Gerichtsverhandlung wurde von der Militärregierung geführt, die das Strafmaß auf Hinrichtung oder Haftstrafe festsetzte. Das Vermögen wurde beschlagnahmt.
- II. **Nazis (Übeltäter):** Die Angeklagten hatten Anspruch auf ein deutsches Tribunal. Das Strafmaß lautete auf Internierung bis zu 10 Jahren und Beschlagnahme des Vermögens.
- III. **Nazis (geringe Übeltäter):** Das Strafmaß belief sich auf die Beschränkung politischer Tätigkeit und Sperrung des Vermögens.
- IV. **Nazis (Anhänger):** Mitläufer; Strafmaß wie Kategorie III
- V. **Unbelastete**

Die Stadtverwaltung Uelzen
Behörden- und Abteilungsleiter

Johann Maria Farina Bürgermeister

Geb. 19. September 1874 in Blankenburg/Harz

Ostern 1895 Abitur am Gymnasium Martino Katharineum in Braunschweig
 1898 das 1. Juristische Staatsexamen an der Universität Göttingen
 Mitglied der schlagenden Verbindung der Burschenschaft Brunsviga Göttingen

April 1899 bis März 1900 Militärdienst beim Braunschweigischen
 Infanterieregiment

1902 das 2. Juristische Staatsexamen in Braunschweig
 Februar 1902 bis Mai 1904 Juristischer Assistent/Berater am Magistrat in
 Blankenburg

September 1904 bis Mai 1912 der 2. Bürgermeister und Syndicus/Rechtsberater der
 Stadt Peine

9. Mai 1913 bis 30. Januar 1946 Bürgermeister in Uelzen

Farina war 33 Jahre Bürgermeister in Uelzen. Er nahm seinen Dienst auf in der
 Kaiserzeit 1913, war Bürgermeister während der 15 Jahre der Weimarer Republik,
 blieb Bürgermeister auch 1933 und nach Kriegsende 1945. Zum 31. Januar 1946
 reichte er mit 71 Jahren sein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand ein.

Farina wurde am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, war 1933 bis 1945 Mitglied der
 NSV und Mitglied des Reichskolonialbundes.

Im Entnazifizierungsbescheid vom 15. Februar 1949 heißt es: **Der Betroffene ist
 unbelastet. Kategorie V.**

Farina war von den Alliierten im Amt des Bürgermeisters in Uelzen belassen
 worden, weil sein Sachverstand für die laufende Arbeit der Stadtverwaltung
 unentbehrlich schien.

1948 attestierte Farina in seinem Leumundszeugnis für den inhaftierten Kreisleiter
 Albert Rodegerdts einen „ausgeprägten Gerechtigkeitssinn“ und faßte den Inhalt mit
 folgenden Worten zusammen: „Der Kreisleiter Herr Albert Rodegerdts war ein
 durchaus anständiger Charakter vom Scheitel bis zur Sohle.“

Literatur:

Reimer Egge Johann Maria Farina – Bürgermeister der Stadt Uelzen
 Von 1913 bis 1946. In : Heimatkalender für Stadt und Krei
 Uelzen 1997. S.33-38

Kurt König Stadtkämmerer

Geb. 14. Dezember 1893 in Posen

1912 Unterprima-Reife in Posen

1912 bis 1914 Ausbildung zum Apotheken-Eleven

1914 bis 1919 Militärdienst

1919 bis 1920 Leiter der Sammelstelle für Austauschdeutsche in

Sagan/Schlesien

1920 bis 1930 Angestellter der Stadtverwaltung Kamen/Westfalen

Bürovorsteher des Wohnungsamtes

1924 Leiter des Rechnungsamtes und stellvertretender Standesbeamter

1922 die 1. Prüfung für den Kommunalverwaltungsdienst mit „sehr gut“

1923 die 2. Prüfung mit „gut“

Am 1. Juli 1930 Dienstantritt als Kämmerer der Stadtverwaltung Uelzen

Seit 8. August 1933 SA-Sturm 1/16, Scharführer/Truppführer und Schriftwart

Seit 1. Oktober 1933 NSV-Kassenwarter des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes

Seit 31. November 1944 SA-Obertruppführer

Am 12. Januar 1946 wurde Kurt König von der Militärregierung aus den städtischen Diensten entlassen.

Am 1. Oktober 1948 wurde König nach Erhalt des Entnazifizierungsbescheids vom 26. August 1948 mit der Einstufung in die Kategorie IV „Anhänger“ als Angestellter bei der Stadtverwaltung wieder eingestellt.

Nach erneuter Überprüfung auf der Grundlage der Entnazifizierungsentscheide vom 30.9.1949 erfolgte am 27. Oktober 1949 die Überführung in die Kategorie V „Unbelastet.“

Ratsbeschluß vom 1.2.1950: Ernennung des Stadtkämmerers a.D. Kurt König zum Stadtoberinspektor im Beamtenstatus auf Lebenszeit

Am 31. Dezember 1951 beantragt Kurt König beim Stadtdirektor Otto Helbing auf der Grundlage des Artikels 131 des Grundgesetzes, die Rückführung in sein früheres Besoldungsalter zu gewähren. Dies geschah ihm mit Wirkung vom 1.12.1951 gewährt.

Auf Ratsbeschluß vom 30.4.1953 wurde Stadtoberinspektor Kurt König zum Standesbeamten des Standesamtsbezirks Uelzen bestellt.

Nach Vollendung des 65. Lebensjahres ging Kurt König zum 31. Dezember 1958 in den Ruhestand.

Diskurs

Fachliche Leistung und konsequenter Arbeitseinsatz sind dem ehemaligen Kämmerer Kurt König zu allen Zeiten bescheinigt worden. Auf Grund dieser von der Stadtverwaltung Kamen/Westfalen, wo er Mitglied und Schriftführer der rechtslastigen Deutsch-Demokratischen/Staatspartei war, attestierten Eigenschaften wurde König 1930 von der Stadt Uelzen übernommen. Um ein Leumundszeugnis im Zusammenhang mit dem Entnazifizierungsverfahren gebeten, schrieb Farina ihm dies in das Zeugnis: „Ich kann Herrn Stadtkämmerer König aus fast 16jähriger

engster Zusammenarbeit sowohl nach seinen Leistungen und Fähigkeiten als auch nach seinem Auftreten und Charakter nur das beste Zeugnis ausstellen. Er gehört nach seiner Ausbildung, nach seinen geistigen Anlagen und seinen Kenntnissen wie auch nach seinem Fleiß und Organisationstalent zu den Beamten, die berufen sind, große und schwierige Verwaltungszweige unter eigener Verantwortung zu leiten. Herr Stadtkämmerer König ist am 12.1.1946 auf Anordnung der englischen Militärregierung aus dem Amt geschieden.“
(Schreiben vom 21. Januar 1946)

Das „Nachprüfungsverfahren betr. Entlassung“ am 28. Mai 1948 in Lüneburg formuliert treffend:

In seinem Beruf hatte der Beschwerdeführer (Kurt König) sich durch Fleiß Tüchtigkeit und hochgearbeitet, wurzelte stark in seinem Amt und hatte für Politik weiter kein Interesse.

Andererseits ist es nicht angängig und würde mit Recht allgemein mißbilligt werden, wenn ein Mann in seiner Stellung, der der Partei und der SA angehörte, obgleich er es nicht nötig gehabt hätte, ruhig weiter in seinem Amt bliebe, als wäre nichts geschehen. Aus diesem Grund war wohl seine Entlassung geboten, indes würde eine uneingeschränkte Entlassung doch eine unbillige Härte bedeuten. Einer Wiederbeschäftigung an einem weniger bedeutsamen Arbeitsplatze mit entsprechend geringerer Bezahlung steht nichts im Wege.

Nach Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens am 26. August 1948 stellte ihn die Stadtverwaltung Uelzen am 1. Oktober 1948 als Beamten wieder ein.

Am 16. März 1949 unterschrieb er den Amtseid: **Ich, Kurt König, schwöre bei Gott...das mir übertragene Amt...unparteiisch... auszuüben, und daß ich...die Gesetze Deutschlands in ihrer derzeit bestehenden Form befolgen werde...**

Am 21. August 1954 sprach ihm Stadtdirektor Otto Helbing im Auftrage des Rates der Stadt Uelzen für „40jährige ehrenvolle Dienstzeit im öffentlichen Dienst zum Wohle der Allgemeinheit den Dank aus.“ Eine Rückkehr in das Amt des Kämmerers aber war erfolglos geblieben.

Als Kurt König am 27. Februar 1974 im Alter von 80 Jahren starb, widmete die Stadt Uelzen ihrem Stadtkämmerer a.D. eine Traueranzeige, in der „von hohem menschlichem Rang, dem Dienst in voller Hingabe“ zu lesen ist.

Quelle:

Rathaus Uelzen

Personalakte Kurt König, Stadtkämmerer

Friedrich Ahrens Stadtbürodirektor

Anlässlich seines 80. Geburtstages 1968 schrieb Friedrich Ahrens auf Bitten der Stadtverwaltung seinen Lebenslauf in Kurzform auf wie folgt:

Geburtstag: 21. Mai 1888
 Geburtsort: Mehlbergen, Kreis Nienburg an der Weser
 Schulbildung: Volksschule in Mehlbergen vom 6. bis zum
 14. Lebensjahr
 Dienstzeiten: vom 1.4.1902 bis 11.10.1906
 Schreiber beim Königlichen Domänen-Rentamt
 in Nienburg a.d.Weser

vom 2.10.1906 bis 20.5.1919 Soldat,

Bezirkskommando Nienburg

Beförderungen:

1.10.1908 Unteroffizier

1.4.1912 Sergeant

3.9.1914 Vizefeldwebel

9.11.1914 Offiziersstellvertreter

vom 7.9.1914 bis 21.2.1917 an den Kämpfen an der West- und
 Ostfront teilgenommen

Auszeichnungen:

Eisernes Kreuz II. Klasse

Braunschweiger Kriegsverdienstkreuz

Schwerverwundetenabzeichen

Ehrenkreuz für Frontkämpfer

Dienstzeiten

Stadt Uelzen: vom 21.5.1919 bis 20.5.1920
 Büroassistent auf Probe
 (vom Militär zur Probeführung beurlaubt)
 vom 21.5.1920 bis 31.5.1953 bei der Stadt Uelzen
 endgültig angestellt

Beförderungen:

15.9.1920 Magistratssekretär

1.4.1927 Magistratsobersekretär

1.10.1929 Stadtsekretär: Stadtbürodirektor

vom 15.5.1946 bis 23.1.1947 von der

Militärregierung

entlassen, nach Wiedereinstellung Leiter des
 Wohnungsamtes und Standesbeamter

1.6.1953 in den Ruhestand getreten

- Prüfungen:
1. Verwaltungsprüfung am 1.9.1920
mit „gut“ bestanden
 - 2 2. Verwaltungsprüfung am 29.3.1927 mit
 - 3 „ausreichend“ bestanden

Am 8. Juli 1933 war Ahrens in die SA 1/16 eingetreten, am 1. Mai 1937 in die Partei der NSDAP. Dies war der Grund seiner Entlassung aus dem öffentlichen Dienst. Die Vertreter der Militärregierung argumentierten, daß der Eintritt in beide Organisationen eine freie Entscheidung war. Am 10. Dezember 1945 legte Bürgermeister Farina der Militärregierung z.Hd. Herrn Oberstleutnant Barefoot ein Schreiben „Betrifft: Entlassung des Stadtbürodirektors Ahrens“ vor, in dem er mit Nachdruck gegen eine Entlassung seines langjährigen Stadtbürodirektors Stellung nahm: **Er (Friedrich Ahrens) ist niemals besonders parteipolitisch hervorgetreten...Er wird deshalb mit Recht von allen Bevölkerungskreisen der Stadt ohne Ausnahme als politisch völlig unbelastet bezeichnet. Ahrens ist am 8.7.1933 gezwungenermaßen auf Drängen der Parteileitung in die SA-Reserve eingetreten wie die meisten Beamten und Angestellten...Die Überführung der SA in die NSDAP und damit seiner Person erfolgte 1937 generell und ohne sein Zutun oder seine persönliche Meldung zum Eintritt.**

Gegen eine Entlassung sprachen sich bemerkenswerterweise alle Beiräte aus, die als politisch unbelastet von der Militärregierung im Rathaus eingesetzt waren, um als Beratungsgremium die Arbeit des Rates der Stadt Uelzen bis zur anstehenden demokratischen Wahl am 15. September 1946 wahrzunehmen. Auf Grund des Entnazifizierungsbescheids wurde Ahrens jedoch eingereiht in die Kategorie IV. Er stellte schon einen Tag nach seiner Entlassung an die Entnazifizierungskammer einen Antrag auf Überprüfung seiner Entlassung. Am 23. Januar 1947 wurde er als Leiter des Wohnungsamtes wieder in den öffentlichen Dienst eingestellt. Am 7. Oktober 1948 war er zum Standesbeamten bestellt. Am 1. Januar 1950 wurde Ahrens auf Antrag in seine frühere seit 1920 bestehende Besoldungsgruppe gemäß des Deutschen Beamtengesetzes wiedereingestuft.

Friedrich Ahrens verbrachte seinen Lebensabend seit 1953 in seiner Wohnung Dietrichstraße 19. Er starb am 1. Januar 1973 in Hamburg-Neuengamme bei seiner Tochter im Alter von 84 Jahren.

Quelle:

Rathaus Uelzen

Personalakte Friedrich Ahrens, Stadtbürodirektor a.D.

Walter Haarhaus Bademeister und technischer Angestellter

- Geburtstag: 16.Juni 1899
Geburtsort: Witten an der Ruhr
Schulausbildung: bis Ostern 1913 Volksschule Witten
Berufsausbildung: 1913 bis 1916 Lehrzeit als Dreher und Schlosser
Gußstahlwerke und Mannesmann-Röhrenwerke Witten/Ruhr
1913 begonnene Techniker Ausbildung wegen Tod des Vaters
1916 aufgegeben
Prüfungen: Gesellenprüfung
3.7.1929 Schwimm-Meisterprüfung
Berufs- und
Dienstzeiten: vom 24.1.1916 bis 30.5.1930 Dreher und Schlosser
Mannesmann-Röhrenwerke Witten
1.6.1930 bis 30.9.1964 Bademeister und Revisionstechniker
bei der Stadt Uelzen/ Stadtbauamt
Ehrenämter: Als aktiver Sportler seit seinem 12. Lebensjahr hat sich Walter
Haarhaus Zeit seines Lebens in der Jugend- und Sportpflege
engagiert:
1923 bis 1930 Vorsitzender im SV Witten an der Ruhr
1930 bis 1955 Schwimmwart im Turnverein Uelzen 1860
seit 1960 Leiter der Kleinkinderabteilung im Turnverein Uelzen
seit 1962 1. Vorsitzender des Kreissportbundes Uelzen

Am 1. Dezember 1936 übernahm Haarhaus im Zuge der Eingliederung der Jugendabteilungen der Sportvereine in die Organisation der HJ die Leitung dieser Organisation in Uelzen. 1938 wurde er Hauptgefolgschaftsführer. Im Mai 1937 trat er „auf Wunsch der vorgesetzten Dienststelle in die NSDAP ein.

Am 28. September 1945 wurde Walter Haarhaus von der Militärregierung aus dem Dienst entlassen. Am 3. November 1947 lag der Einreisungsbescheid der Militärregierung vor, mit der Walter Haarhaus in die Kategorie III eingestuft wurde. Das Strafmaß bedeutete die Beschränkung der politischen Tätigkeit und Sperrung des Vermögens.

Walter Haarhaus reichte bei der Berufungskammer in Uelzen den Antrag zur Überprüfung des Bescheids ein und wurde am 16. November 1948 in die Kategorie IV eingestuft. Auf Grund seines Führeramtes in der HJ wurde ihm das passive Wahlrecht aberkannt.

Am 1. April 1949 wurde Haarhaus wieder als Bademeister bei der Stadt Uelzen eingestellt. Am 14. Dezember 1951 wurde er nach Antrag und per Ratsbeschluß in seine Gehaltsgruppe von 1930, als er die Stelle bei der Stadt Uelzen antrat, wieder eingesetzt.

Am 30. September 1964 ging Walter Haarhaus in den Ruhestand, blieb aber weiterhin 1. Vorsitzender des Kreissportbundes Uelzen. Er erfreute sich nach wie vor wegen seiner ruhigen und besonnenen Art im Umgang mit den Jugendlichen auch im Alter ungebrochener Beliebtheit.

Walter Haarhaus verstarb am 22. Oktober 1976 in Uelzen im Alter von 78 Jahren.

Quelle:

Rathaus Uelzen

Personalakte Walter Haarhaus

Bademeister und technischer Angestellter

Wiedergutmachung ?

Lebenslinie des Dr. phil. et med. vet. Rudolf Becker, prakt. Tierarzt

Die folgende Schilderung des Schicksals der Familie des Dr. Rudolf Becker in den Kriegsjahren seit 1940 und der Umgang der Verantwortung tragenden Frauen und Männer in den öffentlichen Dienststellen mit dieser Vergangenheit nach dem Ende des Krieges zeigt die Unfähigkeit im Umgang mit den Opfern und Leidtragenden des Nationalsozialismus zu solidarisieren. Die Vorgeschichte bis zum Kriegsende muß an dieser Stelle geschildert werden, um die Schwere der Vergehen und der fortgesetzten Menschenverachtung zu begreifen.

Lebenslauf

Dr. Rudolf Becker

Geb. 20. Januar 1889 in Uelzen, Gudesstraße 10
ältester Sohn des Kaufmanns August Becker

1895 – 1899 Lucas-Backmeister-Schule (1. Stadtschule)

1899 - 1908 Realgymnasium Uelzen

1908 – 1913 Studium der Naturwissenschaft und Veterinärmedizin an den Universitäten in Göttingen (2 Semester), Heidelberg (1 Sem.), Jena (2 Sem.), Gießen (6 Sem.)

29. Dezember 1913 Approbation als Tierarzt

Promotion: 28. Februar 1922 zum Dr. phil.

28. Juni 1926 zum Dr. med. vet.

1914 – 1919 Militärdienst als Veterinär / EK 2. Kl.

Anfang 1919 Assistent an der Medizinischen Veterinärklinik in Gießen

1919 – 1920 Vertretung von Tierärzten in Warin/Meckl., Tostedt und Neukirchen/Kurhessen

14. Februar 1921 Niederlassung als praktischer Tierarzt in Uelzen

1. Juli 1921 Bestellung als Fleischbeschautierarzt durch den Landrat, gleichzeitig amtlicher Vertreter des Kreistierarztes Alexander Ehling

1. Juni 1926 Anstellung als Vorsteher des städtischen Fleischbeschauamtes Uelzen

1. Oktober 1931 Bestellung als Fleischbeschautierarzt

Gleichzeitig:

1924 – 1926 Tätigkeit als Lehrer an der Landwirtschaftsschule in Uelzen

1928 – 1940 Tätigkeit als Lehrer an der städtischen Berufsschule in Uelzen

1940 – 1945 Opfer politischer Verfolgung durch die NSDAP

1. Juli 1947 Wiedereinstellung als Fleischbeschautierarzt

12. Juni 1950 Rückkehr von Overstedt nach Uelzen, Karlstraße 11

31. März 1966 Eintritt in den Ruhestand

1974 Umzug nach Osterode a. Harz

Dr. Rudolf Becker starb im 91. Lebensjahr am 4. November 1979 in Osterode im Haus seiner Familie.

Quelle:

Handschriftliche Aufzeichnungen von Dr. Rudolf Becker

Die Realität 1940 bis 1945

Mit wenigen Worten sollen an dieser Stelle die Lebensjahre von 1940 bis Kriegsende geschildert werden. An anderer Stelle ist dies bereits ausführlicher geschehen (vgl. Heidewanderer 2004. S. 22-23: Die Denunzierung und Verfolgung des Tierarztes Dr. R. Becker).

Es war ein schier unglaublicher Vorgang des Rufmords und der Gewaltanwendung an einem Mitbürger in Uelzen, an Dr. Rudolf Becker und dessen Ehefrau Hermine, geborene Woltmann aus Bodenteich mit dem bitteren Ende der Schutzhaft und Einweisung in das Zuchthaus. Zum Schicksal der Familie des Dr. Rudolf Becker haben alle beigetragen: Der Bürgermeister Johann Maria Farina, der Kreisleiter Albert Rodegerdts, die Ortsgruppenführer der nationalsozialistischen Organisationen, die Polizeibeamten und ebenso haben sich die Juristen schuldig gemacht, unter diesen vor allem der Oberamtsrichter Aloys Engelke.

In seinem Bericht, den Dr. Rudolf Becker als Zeugenaussage im Gerichtsverfahren vor dem Spruchgericht Benefeld-Bomlitz gegen den Kreisleiter Albert Rodegerdts am 12. Juli 1948 niederschrieb, schildert er bemerkenswert detailliert und schlüssig den fünf Jahre dauernden Leidensweg: **Es handelt sich um Maßnahmen der NSDAP, welche diese meist in versteckter Form durch Behörden und Einzelpersonen gegen mich und meine Ehefrau Hermine Becker, geborene Woltmann einleiten ließ. Das unverkennbare Ziel war, uns auf jeden Fall gefügig zu machen bzw. zu terrorisieren. Im Jahr 1944 wurde ich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und meines Amtes enthoben. Am 3. Januar 1945 wurden meine Frau und ich erneut in Haft genommen. Durch den Einmarsch der britischen Truppen in Celle wurde ich am 12. April 1945 von dem mir im dortigen Zuchthaus als Untersuchungsgefangener drohenden Hungertod gerettet. Als Anhänger eines religiösen Idealismus – Dr. Rudolf Becker gehörte der evangelisch-lutherischen St.-Mariengemeinde an – und ehemaliger Freistudent habe ich mich niemals zu irgendwelcher parteipolitischen Betätigung entschließen können, auch zur NSDAP keine Beziehungen gehabt.**

Die humane und christliche Überzeugung, zu der sich die Eheleute öffentlich bekannten, geriet die Familie in die Schußlinie der Nationalsozialisten.

Im Detail: Im Januar 1944 wurde Dr. Becker zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Haft wurde auf Antrag des Bürgermeisters Farina noch einmal um drei Monate verlängert. Frau Becker wurde nach vier Monaten Gefängnishaft freigelassen, aber zum Arbeitsdienst in die Munitionsfabrik in Dömitz gebracht, wo sie schwer an Gelbsucht erkrankte. Währenddessen waren die beiden Kinder ohne elterlichen Schutz und Beistand. Dr. Becker wurde im Februar 1945 erneut in Haft genommen und in das Zuchthaus in Celle gebracht. Nach einer Erholungszeit von vier Wochen bei Vechta/Oldenburg kehrte er nach Uelzen zurück: **Es war ein beschwerlicher Fußmarsch von sieben Tagen nach Uelzen, wo ich anstelle meines Eigentums nur Schutt und Asche vorfand. Meine Familie hatte sich inzwischen auf dem Lande ein Unterkommen gesucht, nämlich in Overstedt bei Bodenteich bei den Eltern seiner Frau.**

Der Krieg war zu Ende, damit auch das Terror-Regime der Nazis, doch die vorangegangenen zwölf Jahre der Gewaltherrschaft waren noch wirksam. Es gab keine Stunde Null. Den Deutschen gelang kein Neuanfang, denn die Bundesrepublik trat den Weg im Schlagschatten des Nationalsozialismus an.

Es existieren Aufzeichnungen von der Hand des Dr. Rudolf Becker, der in wenigen Worten und einfachen Sätzen das Leben seiner Familie in den ersten Jahre nach dem Krieg schildert. Erfahrenes Unrecht und schlimmes Leid vertragen kein Pathos:

Wie gut war es doch, daß wir – wenn auch krank und seelisch mitgenommen – zu unseren Kindern heimkehren konnten. Freilich, das was wir an Hab und Gut noch vorfanden, war herzlich wenig, denn bei der Zerstörung der Stadt Uelzen am 18. April 1945 durch Beschuß und Fliegerbomben wurde auch unser Haus völlig ausgebrannt und damit der Hauptteil unseres Vermögens vernichtet. Wir

bekamen keine Wohnung in der Stadt und mußten in Overstedt eine notdürftige Unterkunft (18 qm) beziehen. Es waren 5 Jahre voller Entbehrungen (enge Räumlichkeit, Mangel an Kleidung und Wäsche, fehlendes Entgegenkommen unter den Behörden – Holz- und Pilzesammeln trugen etwas zur Erleichterung bei). Nach zweijährigem Schriftwechsel mit Landratsamt, Regierung und Ministerium und Tierärztekammer war endlich die Wiederaufnahme meiner Beschauertätigkeit ermöglicht mit nur geringen Einnahmen daraus. Erst 1950, als uns eine kleine Wohnung in der Stadt durch Initiative des neuen Regierungspräsidenten Dr. Koch zugewiesen wurde, konnten wir aufatmen und zu besseren Verhältnissen kommen. Mit der tierärztlichen Praxis ist es allerdings nichts Rechtes mehr geworden, es fehlte mir sowohl der notwendige Raum wie auch der richtige Lebensschwung zu solchem Wagnis, mit anderen Worten: die aufzuwendenden Unkosten versprachen mir nicht den entsprechenden Ertrag mehr. Die Einnahmen aus der Fleischschau (bei verhältnismäßig niedrigen Werbungskosten) zusammen mit den inzwischen zugesprochenen Renten (Angestelltenversicherung und Körperschadenrente zu 40 % als Verfolgter) lassen, solange es mein Gesundheitszustand noch zuläßt, ein genügendes Einkommen erhoffen, zumal auch die Kinder inzwischen ihre Lehrzeit im kaufmännischen Berufe beendet haben und selbst verdienen. Zum 1. April 1966 trat ich endgültig in den Ruhestand und erhielt vom Veterinäröberrat Dr. Erich Gertig das obligatorische Lobschreiben. Am 25. April 1974 erfolgte unser Umzug von Uelzen nach Osterode.

Der Sohn August Becker hat dem Stadtarchiv Uelzen einen umfassenden Bestand der Dokumente und persönlichen Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt, die sein Vater Dr. Rudolf Becker hinterlassen hat. Daraus erschließt sich ein genaueres Bild vom Leben der Familie Becker in den Nachkriegsjahren:

„Hermine Becker erhält vom Major Barefoot der britischen Militärregierung eine Reiseerlaubnis, um ihren vermißten Ehemann zu suchen. Die deutschen Justizbehörden waren nicht in der Lage, Auskünfte über den Verbleib des Ehemannes nach der Haftentlassung zu geben. Der letzte Briefkontakt datierte vom Ende März aus dem Gefängnis in Hannover.

Nach der Einnahme der Stadt Celle im April 1945 war Dr. Rudolf Becker von amerikanischen Soldaten aus dem Zuchthaus Celle befreit worden und auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes (Körpergewicht ca. 55 Kg) auf Anordnung der Alliierten nach Vechta zu einem Genesungsaufenthalt transportiert worden. Eine Nachrichtenverbindung bestand nicht.“

Die Rückkehr in das Berufsleben vollzog sich nur schleppend. Die Berufsausübung wurde über Jahre hin auf dem Weg der Verwaltung der deutschen Amtsstuben vorenthalten und verzögert, das Wiedergutmachungsverfahren unzulänglich bearbeitet:

1. Wohnungssuche:

Trotz Einstufung in den Personenkreis Bevorzugter wurde über Jahre hinweg keine Wohnung in Uelzen zugewiesen, so daß zweimal täglich ein Fußweg von jeweils 4 Kilometern von Overstedt zum Bahnhof nach Wieren zurückzulegen war.

2. Entschädigungen:

Nach dem Tod des Erblassers Kaufmann August Ludwig Becker 1941 begann die Auseinandersetzung zwischen den Erben Dr. Rudolf Becker und dessen Schwester Helene Becker, die ihre Ansprüche zu eigenen Gunsten durchsetzen konnte.

Mit Helene Becker hatte die Familie gravierende Probleme, da sie die Überzeugung der Familie ihres Bruders, der sich offen gegen die Nationalsozialisten aussprach, zu ihren Gunsten nutzte.

Die Verhandlungen zu den Entschädigungszahlungen für erlittene Haft und der Zuschlag der Rentenzahlung für die Ehefrau Hermine Becker zog sich bis 1954 hin.

Die gesundheitlichen Schäden infolge erlittener Haft führten zum Ausbruch der Leiden des Muskelrheumas, einer chronischen Gastritis und der Nervenschwäche. Im Mai 1957 trat sie endlich eine für vier Wochen bewilligte Kur an.

Erneute gesundheitlich fragwürdige Untersuchungen und Gutachten sollten die Fortzahlung der Rente rechtfertigen. Um ihre Nerven zu schonen und ihre Gesundheit nicht zu gefährden, verzichtete Frau Becker daraufhin auf eine Fortzahlung der Rente.

Die Hauptentschädigung wurde vom Ausgleichsamt beim Landkreis Uelzen am 7. Januar 1971 zugesprochen. Die Summe betrug 8.945.20 DM.

Quellen:

Materialien, Handschriften und Dokumente der Familie des Dr. phil. med. vet. Rudolf Becker

Literatur:

Reimer Egge, Die Kreisleiter der NSDAP in Uelzen.

In: Heidewanderer 2004. S. 22-23:

Die Denunzierung und Verfolgung des Tierarztes Dr. R. Becker

IV. Beirat und Neugründung der Parteien

a. Der Beirat

c. Die Parteien und Wahlen

*a. Mit Einverständnis der Militärregierung hat Bürgermeister Farina folgende Herren zu Mitgliedern des neugebildeten Stadtberatungsausschusses und damit als **Beirat** zur beratenden Mitwirkung in der Stadtverwaltung berufen.*

Dies sind die ersten Worte des Protokolls der initiierten Beiratssitzung im alten Rathaus, wo sich am 10. August 1945 folgende Männer zusammenfanden:

**Vertreter der Militärregierung:
Major Barefoot, Stabssergeant Reid**

**Bürgermeister Johann Maria Farina
Landrat Wilhelm Harder (kommissarisch)**

Beiräte:

**Oskar Krollpfeiffer - Weinhändler, Wilhelm Winkelmann – Diplomingenieur,
Heinrich Meyerholz – Mittelschulrektor a.D., Rudolf Gress - Elektromeister,
Adolf Meyer - Angestellter, August Drögemüller - Schriftsetzer, Josef Wagner
-Maurermeister**

Protokoll: Friedrich Ahrens, Stadtbürodirektor

Die Beiräte waren als solche parteilos, jedoch seit der Neugründung der Parteien war ihr politischer Standort zuzuordnen: Krollpfeiffer, Meyerholz und Winkelmann traten der CDU bei, Greß der FDP, Meyer und Drögemüller waren schon in den 30er Jahren Mitglieder der SPD und als solche verfolgt worden, ebenso Wagner, welcher der KPD angehörte.

Major Barefoot machte klar, daß die Beiräte unter dem Vorsitz des Bürgermeisters lediglich beratende Funktion haben, sich mit den Amtsleitern der Stadtverwaltung besprechen sollen und daß die Entscheidung bei den Vertretern der Militärregierung liegt.

Die Mitgliederzahl des Beirats wurde bis zur ersten wieder nach demokratischen Grundsätzen stattgefundenen Kommunalwahl am 15. September 1946 zweimal erhöht:

Am 28. Dezember 1945 kamen folgende Frauen und Männer dazu:

Anna Besse – Volksschullehrerin, Dr. Kurt Graff – Regierungsrat, Dr. Heinz Lücke - Brenneereibesitzer, Johannes Neumann, Heizer, Paul Raschick – Ofensetzer.

Am 27. März 1946 folgten dann noch einmal 19 Frauen und Männer:

Annemarie Becker – Hausfrau, Otto Borstorff –Geschäftsführer, Heinrich Bunge – Obermonteur, Albert Fuhrmann - Klempner, Friedrich Gomm – Eisenwarenhändler, Heinrich Hasselbring – Holzarbeiter, Adolf Hochgraefe – Versicherungsangestellter, Herbert Jost – Tischler, Josef Kern – Bahnangestellter, Hans-Günter Matthias – Buchhändler, Heinrich Meyer – Lederhändler, Dr. Dr. Heinz Plotzitzko – Arzt, Anna Rudolph – Hausfrau, Fritz Schüler – Sattler, Wilhelm Schütte – Oberrangiermeister, Wilhelm Wünke – Gärtnereibesitzer.

Auf der am 6. November 1945 stattfindenden Beiratssitzung wurden die Unterausschüsse berufen und mit Mitgliedern aus dem allgemeinen Stadtberatungsausschuß der Beiräte besetzt:

1. **Fürsorgeausschuß mit 4 Mitgliedern**
2. **Bauausschuß (3)**
3. **Wohnungsausschuß (3)**
4. **Finanzausschuß (4)**
5. **Werkeausschuß (3)**
6. **Gesundheits- und Krankenhausausschuß (3)**
7. **Sparkassenvorstand (Bürgermeister und Stadtdirektor und ein Stellvertreter, 5 Bei/Ratsmitglieder)**
8. **Forstausschuß (3)**
9. **Schulausschuß für alle Schulen (5)**

Alle diese Frauen und Männer, die von den Alliierten als Beiräte in den Stadtberatungsausschuß berufen wurden, waren politisch unbelastet, d.h. sie waren nachweislich kein Mitglied der NSDAP gewesen. Am überzeugendsten konnten dies diejenigen darstellen, die als Mitglieder der SPD und KPD zu den Benachteiligten und Verfolgten im Nazi-Regime gehörten:

SPD-Mitglieder: August Drögemüller – Adolf Hochgraefe – Josef Kern – Adolf Meyer – Paul Raschick - Johannes Neumann - Heinrich Bunge - Albert Fuhrmann - Dr.Dr. Heinz Plotzitzko

KPD-Mitglieder: Heinrich Hasselbring - Josef Wagner

Quellen:

Ratsprotokolle Stadt Uelzen 1945/1946

Literatur:

Reimer Egge „Mit Einverständnis der Militärregierung...“
Uelzen von 1945 bis 1955.
Becker-Uelzen 1994. Bes. S. 13 - 19

b. Mit der Verordnung 12 der Britischen Militärregierung vom 15. September 1945 waren der **Gründung und Wiederbegründung der Parteien** die Türen geöffnet.

Artikel 2 dieser Verordnung setzte die Prüfung des Parteiprogramms durch die Militärregierung voraus, die über die Zulassung der Parteien entschied.

Acht **Parteien** wurden zugelassen:

CDU - SPD - NLP (Niedersächsische Landespartei) - FDP - KPD - Zentrum -
DRP (Deutsche Reichspartei) - SSW (Südschleswigscher Wählerverband).

Damit war auch die linksradikale Partei der KPD, ebenso die rechtsradikale der DRP zugelassen.

Die NLP war im Ansatz ein Zusammenschluß der welfentreuen Deutsch-Hannoverschen Partei mit den Gruppen der niederdeutschen Heimatbewegung gewesen. Das Parteiprogramm verfocht eine Loslösung des aus dem preußischen Staatsverband. Als aber im März 1948 der Kontrollrat in Berlin auseinanderbrach, wurde die Teilung Deutschlands zum Faktum. Damit war der Partei der NLP die programmatische Grundlage entzogen. Sie löste sich auf. Die **DP (Deutsche Partei)** nach, deren Mitglieder sich im wesentlichen aus der aufgelösten konservativen NLP rekrutierten. Eine nicht geringe Zahl von Mitgliedern gingen zur CDU und zur FDP über.

Im Zusammenhang mit dem Landesparteitag der DP vom 1. bis 3. September 1950 in Uelzen wurden Struktur und politische Ziele der Partei charakterisiert. Der Kreisvorsitzende Georg von Engelbrechten aus Molzen begrüßte den Parteivorsitzenden und Bundesminister Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege, der so zu den im Saal des Hotel Stadt Hamburg versammelten Tagungsteilnehmern sprach: **Unser Gebiet ist wieder Grenzland geworden wie zur Zeit Heinrichs des Löwen. Die Landesversammlungen haben auch immer den Charakter von Heimatfesten. Die Partei versucht immer, den Gedanken der Heimatliebe auch in andere Bundesländer zu tragen.**

Das Gründungsdatum der **CDU (Christlich Demokratische Union)** ist der 22./23. Januar 1946, als auf dem Parteitag in Herford Dr. Konrad Adenauer zum 1. Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Die **SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)** wurde am 19. Mai 1946 auf dem Parteitag in Berlin wiederbegründet. Der 1. Vorsitzende wurde Dr. Kurt Schuhmacher, der den Zusammenschluß mit der KPD entschieden ablehnte.

Die **FDP (Freie Demokratische Partei)** wurde auf Landesebene auf dem Parteitag gegründet, der am 18./19. Mai 1946 in Bad Pyrmont stattfand. Der 1. Vorsitzende war Franz Henkel. Auch die Mitgliederzahl dieser Partei profitierte von der Auflösung der konservativen und rechtslastigen NLP.

Die Gründung und Wiederbegründung der Parteien in Uelzen

Mit dem Stichtag des 15. September 1945 war es wieder erlaubt, nach einem Gesuch bei der Militärregierung politische Versammlungen abzuhalten, die in den folgenden Monaten der Gründung und dem Ausbau des Parteiapparates dienten. Schon im Vorfeld hatten Zusammenkünfte und Versammlungen zur Wiederbelebung der Parteien kleineren Ausmaßes stattgefunden, die häufig auch in die Wohnungen der alten Parteifunktionäre und –mitglieder verlegt wurden.

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Schon in den letzten Apriltagen 1945, noch vor dem deklarierten Ende des Krieges, versuchten die künftigen Neugründer der Partei zu Major Barefoot vorzustoßen. Dies gelang nicht, aber am 12. Mai richteten diese Männer ein schreiben an die Militärregierung in Uelzen, in dem sie auf die Entfernung der immer noch in öffentlichen Dienststellen verbliebenen Anhänger und Mitglieder der NSDAP drängten. Die Mitglieder der SPD und der KPD waren im Nazi-Regime verfolgt worden, der Gewerkschaftssekretär Emil Seidenschnur wurde 1933 in das Konzentrationslager Moringen gebracht, 1944 in das gefürchtete KZ Fuhlsbüttel (Kolafu). Es ging in diesem Augenblick um die Ausschaltung der Gegner und Zerstörer der sozialen Demokratie, unter deren Verfolgung sie zu leiden hatten.

Am 14. Mai waren sie dann in der Wohnung des ehemaligen Vorsitzenden des SPD Ortsgruppe Uelzen, bei Adolf Meyer im Haus Ebertstraße 8 zusammengekommen, um gemeinsam über den Wiederaufbau der Parteiorganisation zu beraten.

Am 20. Dezember 1945 wurde die Partei der SPD Ortsgruppe Uelzen offiziell zugelassen, und am 30. Dezember 1945 wählten die nun schon 126 eingetragenen Mitglieder ihren Vorstand:

Adolf Meyer	1. Vorsitzender
Paul Raschick	2. Vorsitzender
Walter Kloos	Schriftführer
Emil Schinke	Kassierer

CDU (Christlich Demokratische Union)

Die Mitgliedseintragungen für die neu gegründete CDU begannen mit dem 1. März 1946. Es waren C. August Jung und Alfred Stobbe. Es folgten der katholische Pfarrer Johannes Eggers, Otto Alswede, Karl-Heinz Höfer, Günther Matthias und Heinrich Meyerholz, der am 23. August 1946 der CDU beiträt. Am Wahlsonntag des 15. September 1946, der ersten wieder auf demokratischer Grundlage stattfindenden Kommunalwahl zählte die Partei 109 Mitglieder.

FDP (Freie Demokratische Partei - „Liberale“)

Die Gründungsinitiative ging aus von Rudolf Greß. Seit 1912 gehörte er den „Freisinnigen“ an, blickte also schon auf eine lange liberale Tradition zurück.

Greß gehörte zu den ersten 7 Beiräten, die von den Alliierten in den Stadtberatungsausschuß gerufen wurden. Die erste Zusammenkunft der Gründungsmitglieder der FDP kamen in seiner Wohnung Schmiedestraße 7 zusammen. Zu ihnen gehörten Friedrich Gomm, Albert Flohrmann, Walter Schlichtenhorst und Wilhelm Baumann.

Das Gründungsdatum der FDP Ortsgruppe Uelzen war der 1. Januar 1946. Damit war die Uelzener Ortsgruppe schon lange vor dem Landesparteitag am 18./19. Mai

1946 in Bad Pyrmont organisiert. Die FDP Ortsgruppe Uelzen sandte dennoch keinen Kandidaten in die Kommunalwahl am 15. September 1946. Erst zur Landtagswahl 1947 war die Partei stark genug, einen Kandidaten in die Wahl zu schicken, der dann im Stadtgebiet 505 Stimmen errang.

Die NLP (Niedersächsische Landespartei)

Die NLP hielt ihre erste öffentliche Versammlung in Uelzen in den ersten Februartagen 1946 im Gatshaus „Dreilinden“ ab. Der Vorsitzende der Landespartei und zugleich für die Ortsgruppe Uelzen war Georg von Engelbrechten aus Molzen. Ein Mann der ersten Tage war August Arteldt aus Uelzen, in dessen Haus Alewinstraße 26 a sich die Geschäftsstelle der NLP befand.

Dr. Heinz Lücke, der am 27. Februar 1946 zum ersten Mal Bürgermeister der Stadt Uelzen wurde, begann seinen politische Laufbahn als Mitglied dieser Partei.

Wahlen und Wahlkampf

Einen lauten und spektakulären Wahlkampf, wie er in den 50er Jahren ablief, gab es nicht, zu nahe war noch das Kriegsgeschehen als Ergebnis und Ende der nationalsozialistischen Diktatur. In den Monaten August und September hatten die Parteien bis zum Wahltag Gelegenheit, in der Uelzener Ausgabe der Lüneburger Landeszeitung jeweils am Dienstag auf Seite 4 ihre politische Position und Ziele darzustellen. Wohl traten die 5 Parteien, die bei der Kommunalwahl am 15. September 1946 in Uelzen ihre Kandidaten zur Wahl stellten, für ein politisches Programm ein, doch im Grunde überwogen die existentiellen Probleme, so daß der Wähler und der zu wählende Kandidat näher zusammengerückt waren und Zugriff und Entscheidungen nicht aus der Parteispitze resultierten, sondern noch weitgehend mit der Basis des Wählers übereinstimmten. Die gemeinsamen Wahlziele, festgeschrieben im politischen Gründungsprogramm der beiden bürgerlichen Parteien der CDU und der NLP sprechen dafür:

- **für den christlich-sozialen Gedanken**
- **für tatkräftige Inangriffnahme des Wiederaufbaus unserer Stadt**
- **für Erhaltung der städtischen Rechte und Gerechtsame**
- **für gerechte Lastenverteilung**
- **für eine sparsame Verwaltung und gesunde Finanzgebarung**

Die „Politik-Müdigkeit,“ die in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu beobachten war, schien sowohl bei den Wählern wie bei den Kandidaten gewichen, doch war die Bereitschaft sich für das Programm einer politischen Partei zu entscheiden, bei einer Vielzahl der Wähler nicht vorhanden: Von etwa 30 000 Mandaten in der britischen Zone entfielen etwa 17 000 auf die politischen Parteien, etwa 13 000 aber auf die

Unabhängigen. Damit bezeugte ein beachtlicher Wähleranteil seine Skepsis gegenüber politischen Parteien. Zwar liegen keine absoluten Zahlen zur Wahlbeteiligung vor, doch die Zahlen der abgegebenen Stimmen zeigen deutlich, daß die Wähler ihren politischen Alltag bestimmen wollten. Für die Stadt Uelzen zeichnete sich die Tendenz ab des Zweiparteiensystems mit der SPD und der CDU ab, jedenfalls hatten die Unabhängigen keine Chance.

Wahlvorgang - Wahlergebnisse 15. September 1946

Am 19. August 1946 wurden die Kandidatenlisten öffentlich ausgelegt. In der britischen Besatzungszone waren etwa 600 000 Personen wegen ihrer politischen Vergangenheit und Einstellung von dem Weg zur Wahlurne ausgeschlossen.

Gewählt wurde nach dem **relativen Verhältniswahlrecht**, das von dem gegenwärtigen Verhältniswahlrecht insofern abweicht, als immer der Kandidat gewählt war, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Somit war es keine Listenwahl, sondern eine **Persönlichkeitswahl**. Der Wähler hatte 3 Stimmen, die er nicht kumulieren durfte. Von den 21 Kandidaten, die nach der Wahl in das Rathaus einzogen, waren zwei Drittel Neulinge, d.h. sie gehörten nicht dem aus 27 Gemeindevertretern bestehenden Stadtberatungsausschuß an, deren Mitglieder von der Militärregierung berufen waren.

Britische Zone

SPD	12 378 Mandate
CDU	14 067
NLP	4 225 Mandate
FDP	1 526
Zentrum	1 172
KPD	412
Unabhängige	19 643

Gemeinden im Kreis Uelzen

In 65 Gemeinden des Kreises Uelzen gaben von 37 887 Wahlberechtigten 29 171 ihre Stimme ab. 1 494 Stimmen waren ungültig.

Unabhängige	300 Mandate
KPD	1
SPD	98
CDU	18
NLP	115

Stadt Uelzen

SPD	9 354 Stimmen	/11 Sitze
CDU	5 210	/ 6

NLP	4 574	/ 4
KPD	1 074	/ 0
Unabhängige	234	/ 0

Wählerverhalten Stadt Uelzen: Christlich - konservative Einstellung und soziales Bewußtsein hielten sich die Waage.

In der britischen Zone überwiegt nach der Dominanz der Unabhängigen der soziale Faktor mit der SPD und KPD. In der Region und in der Stadt Uelzen haben die Unabhängigen keine Chance. Auf dem Lande/Kreisgebiet bleibt die SPD weit hinter den konservativen Parteien der CDU / NLP weit zurück.

Stadtparlament Uelzen / Rathaus

21 Sitze und absolute Mehrheit der SPD

SPD	Meta Balschau, Hausfrau
	Heinrich Bunge, Obermonteur
	Wilhelm Bunge, Arbeiter
	Albert Fuhrmann, Installateur
	Adolf Hochgraefe, Versicherungsangestellter / Bürgermeister
	Otto Kaul, Buchhändler
	Otto Marwedel, Lokführer
	Adolf Meyer, Angestellter
	Josef Sandner, Forstaufseher
	Paul Tödter, Tischler
CDU	Otto Alswede, Lagermeister
	Margarete Engelke, Hausfrau
	Günther Matthias, Buchhändler
	Heinrich Meyerholz, Mittelschulrektor a.D.
	/ Stellvertretender Bürgermeister
	Karl Meywerk, Prokurist
	Hans Roderfeld, Steinsetzmeister
NLP	August Arteltdt, Bezirksschornsteinfeger
	Theodor Kroezmann, Rangieraufseher
	Dr. Heinz Lücke, Brennereibesitzer
	Käthe Schlie, Kaufmännische Angestellte

Kreistag Uelzen

41 Sitze

SPD	19 Sitze
CDU	6
DP	15

FDP	1
KPD	0

Wahlen bis 1955

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| a. | 22. April 1947 | Landtagswahl |
| b. | 28. November 1948 | Kommunalwahlen |
| c. | 14. August 1949 | Bundestag |
| d. | 6. Mai 1951 | Landtagswahl |
| e. | 9. November 1952 | Kommunalwahlen |
| f. | 24. April 1955 | Landtagswahl |

Die überzeugende Stimmenmehrheit für die Sozialdemokraten, mit der das Jahrzehnt bis 1955 bei sieben Wahlgängen begann, hielt nicht an. In der Folge setzte sich eine Rechtstendenz der bürgerlichen Parteien durch. Von der Auflösung der NLP profitierten die Parteien der CDU und der FDP, vor allem aber formierten sich die Parteien der rechtslastigen DP (Deutsche Partei) und der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten). Auch die Unabhängigen lösten sich auf. Die Parteien profilierten sich mit ihrem politischen Programm, der Wähler zeigte politisches Bewußtsein. Existent waren die extremen Parteien der KPD und der DRP, von denen die KPD im Verlauf der Jahre an Stimmenzahl abnahm, die DRP aber zulegte, jedoch hatte keine der beiden Parteien in den Kommunalparlamenten in Stadt und Kreis Uelzen in dem Nachkriegsjahrzent je wieder einen Sitz. Nach der Landtagswahl vom 24. April 1955 zogen 6 Kandidaten der rechtsextremen DRP in den Landtag ein und 2 Kandidaten der linksextremen KPD.

a: 22. April 1947 Landtagswahl

	Stadt Uelzen	Kreis Uelzen	Reg.-Bezirk Lüneburg	Niedersachsen
SPD	3 563	9 878	144 117 (6 Sitze)	1 067 021 (58)
CDU	3 916	11 640	48 184 (2)	513 623 (14)
NLP	-	-	108 937 (7)	417 641 (20)
FDP	505	858	19 611 (0)	216 455 (2)
KPD	346	720	18 527 (0)	139 540 (0)
Zentrum	-	-	2 435 (0)	101 511 (1)
DRP	-	-	-	7 426 (0)
Unabhängige	-	-	-	-

b. 28. November 1948 Kommunalwahl **Stadtparlament / Rathaus** **25 Sitze**

SPD	9 972 (11 Sitze)
DP	5 990 (6)
CDU	5 301 (5)
FDP	3 191 (3)
KPD	661 (-)

Da die CDU und die DP eine Koalition eingingen, wurde Dr. Heinz Lücke Bürgermeister und löste damit den Sozialdemokraten Adolf Hochgraefe ab. Die Ratsmitglieder waren folgende:

CDU/DP **Dr. Heinz Lücke, Brennereibesitzer** **Bürgermeister**
Heinrich Meyerholz, Mittelschulrektor a.D.
Stellvertr. Bürgermeister
Otto Alswede, Lagermeister
Karl Hachmeister, Dachdeckermeister
Heinrich Jahns, Kürschnermeister
Gustav Knoth, Sattlermeister
Heinrich Meyer, Lederwarenhändler
Hans Roderfeld, Steinsetzmeister
Wilhelm Schütte, Oberrangiermeister
Adolf Stobbe, Abgeordneter
Wilhelm Winkelmann, Diplomingenieur

SPD **Adolf Hochgraefe, Gewerkschaftssekretär**
(seit 30. November 1950 wieder Bürgermeister)
Heinrich Bunge, Obermonteur
Albert Fuhrmann, Klempner
August Drögemüller, Buchdrucker
Heinrich Ebel, Lokführer
Georg Kühl, Volksschullehrer
Paul Lamkowski, Schlosser
Otto Marwedel, Lokführer
Adolf Meyer, angestellter
Johannes Neumann, Gewerkschaftssekretär
Paul Tödter, Tischler

FDP **Kurt Gräber, Ingenieur**
(ab 31.1.1951 Rudolf Greß)
Hans-Günther Matthias, Buchhändler
Gustav Wagner, Prokurist
(ab 25. Oktober 1950 Friedrich Gomm, Kaufmann)

c. 14. August 1949 Bundestag

Das Wahlergebnis zum 1. Deutschen Bundestag 1949 war deutlich geprägt von der Politik Konrad Adenauers, der seit der Gründung seiner Partei der CDU 1946 in Herford ihr 1. Vorsitzender war.

Die CDU errang 139 Sitze und brachte es gemeinsam mit der DP und der FDP auf 209 Sitze im Bundestag, die SPD errang 131 Sitze.

In Niedersachsen hob sich das Wahlergebnis vom bundesweiten Trend ab. Die SPD errang 33.4 %, die CDU 17.6 % der Wählerstimmen, brachte es aber gemeinsam mit der DP und der FDP auf 42.5 %.

Wahlkreis Nr.17

Uelzen – Gifhorn Nord

SPD	32 266 Stimmen
CDU	8 224
DP	28 737
FDP	3 508
KPD	1 945
DZP	640
DRP	13 742
RSF	45

Stimmenanteil Stadt Uelzen

SPD	4 206
CDU	1 338
DP	3 543
FDP	1 285
KPD	338
DZP	179
DRP	1 283
RSF	100

d. 6. Mai 1951 Landtagswahl

Die Wahlbeteiligung lag im Land Niedersachsen bei starken 75 Prozent (im Wahlkreis 53 Uelzen bei 72 Prozent). Die Tendenz zu den bürgerlichen Parteien setzte sich durch, gleichzeitig erstarkten die rechtsextremen Kräfte der DRP (Deutsche Reichspartei) und der SRP (Sozialistische Reichspartei). Der kalte Krieg mit der entschiedenen Westorientierung zeigte Folgen, ebenso das Gesetz zu Artikel 131 des

Grundgesetzes von 1951 zugunsten der Wiedereingliederung der ehemaligen Nationalsozialisten in den öffentlichen Dienst.
Das Wählerbewußtsein zeigte sich neuerdings in der Vielzahl der Formierung der Parteien, die landesweit 12 Parteien in den Wahlkampf schickten.

	Stadt Uelzen	Niedersachsen	
SPD	4 349 Stimmen	33.7 %	64 Sitze
NU=			
CDU / DP	2 725	23.8 %	35
FDP	1 497	8.4 %	12
KPD	177	1.8 %	2
Zentrum	191	3.3 %	4
DRP	258	2.2 %	3
SRP	1 932	11.0 %	16
BHE	1 092	14.9 %	21
DSP	154	0.8 %	1
Deutsche			
Rechtspartei -		0.1 %	-
Unabhängige -		-	-

Der Wahlkreis Uelzen entsandte die Kandidatin der **SPD Käte Hoge** in den Landtag.

e. 9. November 1952 Kommunalwahlen

	Stadtparlament	Kreistag
Wahlblock		
DP/CDU/FDP	11 148 Stimmen (12 Sitze)	70 931 (19 Sitze)
	Dr. Heinz Lücke,	Abgeordnete aus
	Bürgermeister	<u>Stadt Uelzen</u>
	Johann Heinrich Meyer	Hans Kadow
	Alfred Krüger	Georg Flohrmann
	Ludwig Ladendorff	Theodor Proest
	Fritz Röver	Hans Meyer
	Johannes Weigeldt	Kurt Klein
	Gustav Klaucke	
	Paul Narjes	
	Friedrich Gomm	
	Heinrich Jahns	
	Kurt Busch	

Gustav Knoth

SPD	5 155 Stimmen (9 Sitze)	46 485 (11)
	Adolf Hochgraefe	Adolf Hochgraefe
	Georg Kühl	Georg Kühl
	Otto Marwedel	Otto Marwedel
	Johannes Neumann	
	Paul Tödter	
	August Drögemüller	
	Albert Fuhrmann	
	Heinrich Ebel	
	Richard Conrad	
BHE	3 388 Stimmen (12 Sitze)	39 810 (9)
	Dr. Ernst-Walther Schiedewitz	Otto Fuchs
	Otto Fuchs	
	Kurt Wilhelm Albrecht	
	Oskar Falley	

f. 24. April 1955 Landtagswahl

Im gesamten Landesergebnis konnte die SPD ihr Wahlergebnis um 1.5 Prozent steigern. Der allmähliche Fortzug der Flüchtlinge brachte dem BHE Verluste von 3.9 Prozent. Die Rechtsradikale SRP war verboten und bestand als Partei nicht mehr.

In der Stadt Uelzen konnten die bürgerlichen Rechtsparteien der CDU / DP / FDP / BHE einen Stimmenzuwachs um etwa 50 Prozent verbuchen.

	Niedersachsen	Kreis Uelzen	Stadt
Uelzen			
SPD	1 182 066 Stimmen (59 Sitze)	9 503 Stimmen	4 469
BHE	370 432 (17)	4 054	1 367
DP	415 184 (19)	5 650	1 314
CDU	790 766 (43)	7 654	4 319
FDP	264 862 (12)	2 359	1 504
Zentrum	37 612 (1)	41	21
DRP	126 699 (6)	689	402
KPD	44 783 (2)	196	104

Als einziger Kandidat des Landkreises Uelzen zog der **Gewerkschaftssekretär Adolf Hochgraefe** als Abgeordneter der **SPD-Fraktion** in den Niedersächsischen Landtag ein.

Resümé: Das erste Jahrzehnt nach dem Kriegsende 1945 begann mit einem starken sozialdemokratischen Wählerwillen, der lediglich von den Unabhängigen überflügelt wurde, aber schon 1947 setzte deutlich das Erstarren der rechtsgerichteten bürgerlichen Parteien ein. Das ging bis 1955 mit einer facettenreichen Parteien-Formierung einher. Auf diese Gesamtentwicklung, in deren Verlauf die rechtsradikalen Kräfte erstarkten, folgte sich bereits der dramatisch verlaufene gesellschaftliche Umbruch der 60er Jahre als Gegenreaktion auf die reaktionären bürgerlichen Traditionen.

Quellen:

Dokumente und Unterlagen des CDU-Kreisverbandes Uelzen
 Dokumente und Unterlagen der Friedrich-Ebert-Stiftung Bad Godesberg
 (s. auch Johann Fr. von Pezold, Sozialdemokraten in Niedersachsen 1945/46.
 Hildesheim 1983)
 Tagesausgaben der Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide (AZ)
 Tagesausgaben der Lüneburger Landeszeitung (LLZ)
 Tagesausgaben der Lüneburger Post 1945

Literatur:

Hans-Alexander Drechsler, 100 Jahre SPD in Uelzen.
 Uelzen 1990
 Reimer Egge, Vom Stresemann zum Braunhemd.
 Uelzen von 1918 bis 1948.
 Becker-Uelzen 1986
 Ders. „Mit Einverständnis der Militärregierung...“
 Uelzen von 1945 bis 1955.
 Becker-Uelzen 1994

V. Wiederaufbau

Stadtplanung

Konstanty Gutschow und Karl Schlockermann

Es existieren zwei Kartierungen der Altstadt Uelzen aus der Nachkriegszeit. Die **Schadenskarte** von 1945 verzeichnet den **Gebäudebestand nach dem Einzug der Alliierten am 18. April 1945**:

1. Erhaltene Gebäude
2. Schwerbeschädigte Gebäude
3. Totalzerstörte Gebäude

Der **Wiederaufbauplan vom September 1948** verzeichnet:

1. Gebäudebestand 1945
2. Neubauten

Die Zeitspanne von nur drei Jahren hat das Bild der Innenstadt stark verändert. Die Südstadt von der Gudestraße bis zum Herzogenplatz, dazu das Viertel um die St.-Marien-Kirche waren weitgehend ein flächendeckendes Trümmerfeld, während die Innenstadt nördlich der Gudesstraße weitgehend erhalten geblieben war.

Dieser katastrophale Zustand ermöglichte einen Wiederaufbau unter der Vorgabe einer optimierenden Stadtplanung. Organisation und Planung des Arbeitsvorhabens verlief folgerichtig:

- * Am 6. November 1946 verabschiedete der Minister für Aufbau und Arbeit die Anordnung der **Bausperre für die Baugebiete der Stadt Uelzen**.
- * Am 6. Februar 1946 stimmte der Bauausschuß der Stadt Uelzen unter Leitung des Stadtbaurates Dr. Friedrich Langenheim dieser Anordnung zu.
- * Im Februar 1947 ließ das Niedersächsische Ministerium für Aufbau und Arbeit den Bericht drucken **Uelzen – Gedanken zur Stadtentwicklung**.
- * Im April 1947 schrieb das Ministerium für Aufbau und Arbeit den **Städtebauwettbewerb** aus. Es wurden 67 Entwürfe eingereicht. Der **1. Preis wurde dem Hamburger Architektengemeinschaft Gutschow – Hampke – Klingemann – Schlockermann** zuerkannt.
- Am 18. Juni 1948 legte Konstanty Gutschow seine Planung für das **Südwestquartier Innenstadt** vor:
- **1. Erhaltung der alten Abriegelung an der Einmündung der Turmstraße in die Veersser Straße, die durch die historisch Toranlage an dieser Stelle bedingt war.**
- 3. **Die sogenannten „Fünf Propheten“, die 5 kleinen Geschäftshäuser vor dem Westchor der St.-Marien-Kirche sollten nur 2geschossig bei niedrigen Stockwerken wiederaufgebaut werden, um den Blick auf die Kirche freizuhalten.**
- 4. **Planungsgrundsatz:**
 - ***Erhaltung des historischen Grundrisses der Altstadt mit den breiten Marktstraßen**
 - ***Zentraler im Bereich des Herzogenplatzes gelegener Rathausneubau**
 - ***Nutzungsvielfalt der Innenstadt, um neben den Verkaufsläden das Wohnen und gesellschaftlich-kulturelle Leben in der Innenstadt zu erhalten**

Der Landkreis hatte unterdessen das Ilmenautal zum Naturschutzgebiet erklärt. Gutschow griff diesen Aspekt in seiner Planung auf und entwickelte den

Grünflächenplan, der das Gebiet zwischen der Außenmühle und dem heutigen Kreishaus beiderseits der Ilmenau mit Wanderwegen als Naherholungszone in der freien Natur vorsah.

Diese weitreichende und umsichtige Planung war überzeugend, wurde aber nicht ausgeführt. Das Stadtbauamt legt am 23. Februar 1949 in dieser Angelegenheit einen Bericht vor:

Der Regierungspräsident Dr. Koch hatte schon zu Beginn der Planungsphase einen Zuschuß von 10 000 DM zugesagt unter der Voraussetzung, daß die Stadt Uelzen ebenfalls 50 Prozent der Kosten übernimmt. Stadtbaurat Dr. Langenheim betonte, daß damit die Stadtplanungsarbeiten abgeschlossen wären und keine weiteren Kosten entstehen würden. Konstanty Gutschow hatte seinen Auftrag erfüllt und stellte die erarbeiteten Pläne auf einer für den 16. Juni 1949 außerordentlich angesetzten Ratssitzung vor, die länger als vier Stunden dauerte.

Realisiert wurde nur der Wiederaufbau der sogenannten „Fünf Propheten,“ der fünf Geschäftshäuser vor dem Westchor der St.-Marien-Kirche an der Veersser Straße.

In dieser Sache setzte sich das Stadtbauamt mit den Grundherren, die wirtschaftlichen Interessen folgten und die jahrhundertealte Tradition der „Verkaufsbuden“ vor der Kirche fortsetzen wollten, gegen eine Bürgerinitiative durch, die im März 1949 ein Blatt unter dem Titel „Erhaltet die Schönheit der Marienkirche“ vorlegte, mit dem sie sich dafür aussprach den freien Blick auf die St.-Marien-Kirche nicht wieder durch einen Neubau der Verkaufsbuden seit dem Mittelalter und dann der Geschäftshäuser zu verbauen. Die erste Unterschrift setzte Lilli Schaumann, die Mutter der Künstlerin Ruth Schaumann, auf das Blatt.

Doch der Landeskonservator in Lüneburg Dr. Deckert erteilte schließlich die Baugenehmigung. Am 1. Juni 1949 legte Konstanty Gutschow die ausgearbeiteten Baupläne vor, und am 22. Juni erfolgte die Grundsteinlegung, die der stellvertretende Bürgermeister Heinrich Meyerholz in Gegenwart des Stadtdirektors Otto Helbing vornahm. Am 1. Dezember 1949 waren die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Zeile bewahrten die geringe Raumhöhe von 2.90 m im Erdgeschoß und 2.50 m im Obergeschoß.

Die Häuserzeile wurde aus verkehrstechnischen Gründen zurückgesetzt und damit in Fluchtlinie mit dem alten Rathaus und dem Haus Schlie an der Ecke der Straße „An der St.-Marien-Kirche“ gebracht. Damit erhielt die Veersser Straße an dieser Stelle ihre volle und gleichmäßig verlaufende Breite. Die Kirchengemeinde trat dafür eigenen Baugrund ab, den die Stadt Uelzen in Erbpacht an die fünf Bauherren vergab.

Diese hatten sich unter der Treuhand der Stadt Uelzen zu einem gemeinschaftlichen Bau zusammengeschlossen und im Grundstein im Haus Veersser Straße 8 auch namentlich verewigt:

August Paatsch – Gartenbau, Marie Harbord – Friseurmeister, August Gieselberg – Schlachtermeister, Fritz Schulz – Färbermeister, Friedrich Hennings – Uhrmachermeister.

Stadt Uelzen - Flächennutzungsplan Konstanty Gutschow, Architekt

Stand: 15. Oktober 1948

„Grundlagen zu einem landesplanerischen Gutachten über die Planungen in Uelzen und dessen näherer Umgebung.“

(Vermerk der Bezirksplanungsbehörde in Lüneburg vom 24.11.1946)

A. Allgemeines

Uelzen ist seit dem Mittelalter ein typischer Marktort und als ehemaliges Mitglied der Hanse ein HANDELSPLATZ.

Die Bevölkerungszunahme seit 1939 mit 14 463 Einwohnern erreicht bis 1949 in etwa die Zahl 23 000.

Die Bevölkerung findet in erster Linie ihre Existenz in gewerblich produktiver Arbeit. Die verkehrstechnische Lage der Stadt zwischen Hamburg und Hannover, zwischen Lüneburg und Celle fördert die Eignung dieser Existenzgrundlage.

B. Freiflächen

Der Uferbereich der landschaftlich schönen Ilmenau-Aue wurde bei der geplanten Bebauung und Straßentrassierung ausgenommen und als Naherholungszone eingeplant. Die Waldsäume sollten Abstand zur flächigen Bebauung der sich ausdehnenden Stadt bewahren.

C. Bebauung

1. Geschäfte in der Innenstadt
2. Industrie am Stadtrand
3. Gewerbegebiete

Vor dem Krieg betrug die Zahl der Wohnungen etwa 4 500 bei 14 500 Einwohnern, bei einer Bevölkerung von nun etwa 25 000 Einwohnern werden ca. 7 000 Wohnungen benötigt.

D. Verkehr

Eisenbahn:

Nord – Süd-Anbindung mit Abzweigung nach Gifhorn – Braunschweig

Planung eines Eingangsbereiches zur St.-Viti-Straße hin

Omnibusse:

Bahnbusse und Privatunternehmen, Autobusstation an der St.-Viti-Straße geplant

Fernverkehr:

Lüneburg – Gifhorn – Celle

Durchgangsverkehr soll die Innenstadt meiden, ausgenommen Zubringer und Geschäftsverkehr

Umfahrung:

östlich der Innenstadt durch tangentielle Umgehungsstraßen

Karl Schlockermann und Konstanty Gutschow

Karl Schlockermann

Geboren am 6. Juli 1910 in Unna/Westf.

Studium der Architektur an den Universitäten in Köln, Grenoble, München und an der Technischen Universität in Berlin, wo er 1934 als 1. Staatsprüfung das Examen des Diplomingenieurs ablegte

1938 Bauassessor-Examen

Im Anschluß daran Mitarbeit an einer zu errichtenden Wohnstadt in Steyr/Österreich

1939 Mitarbeiter bei Konstanty Gutschow für Städtebau in Hamburg

1942 bis 1945 Soldat in Rußland und Italien, Kriegsgefangenschaft

1945 freischaffender Architekt in Hamburg und Uelzen

Dauernder Arbeitskontakt mit Konstanty Gutschow und mit diesem Zusammenarbeit zum Wiederaufbau und zur Stadtplanung Uelzen

Seither maßgebliche Mitwirkung am Wiederaufbau und Gestaltung der Stadt Uelzen

Seit 1949 dauernder Wohn- und Arbeitssitz in Uelzen

Verstorben am 14. Februar 1978 in Uelzen

Ein Leben für Arbeit und Kreativität

* 8 Jahre Vorsitzender des Bundes Deutscher Architekten BDA Bezirksgruppe Lüneburg und Mitglied des Landesverbandsvorstandes Niedersachsen

* Jahre stellvertretender Vorsitzender des BBK, Gruppe Uelzen

* 8 Jahre Präsident des Deutschen Clubs Uelzen

* 5 Jahre Mitarbeit im Niedersächsischen Heimatbund (Referat Außenwerbung)

* Gründungsmitglied der Deutschen Sektion des Weltbundes zum Schutze des Lebens

Der handschriebene Lebenslauf für Konstanty Gutschow in Hamburg

In einem **handgeschriebenen Brief an Konstanty Gutschow** vom 18. Juni 1977 nur acht Monate vor seinem unerwarteten Tod im 67. Lebensjahr schildert er in eigenwilliger Weise und in flüssigem Stil sein Berufsleben, seine kreative Zeit, die mit dem Ende des Studiums anbricht. Er beginnt die Schilderung mit dem Jahr 1938, als er sein Arbeitsleben im österreichischen Steyr begann, wo er für die Steyr-Werke die Pläne für eine Wohnsiedlung erarbeiten sollte: „Das war natürlich Kriegsvorbereitung, bloß war ich damals zu doof, das zu begreifen; wir dachten alle, die produzierten Autos. Man hatte mir zugesagt, daß ich eine leitende Stelle bekommen würde – und es war bald zu begreifen, daß die österreichischen Kollegen sich diese wenigen nicht wegnehmen und von einem *Preußen* besetzen ließen.

Der Hamburger Staat suchte damals Baudirektoren, also als Baurat anfangende Architekten. Anfang Juli 1939 war der Vertrag perfekt. Am Tag des Kriegsausbruchs, am 1. September 1939 kam ich in Hamburg an. Das Büro war im Deutschlandhaus im 6. Stock. Es wurde dort der Generalbebauungsplan für Hamburg gemacht. Es war eine Stimmung zum Singen und Pfeifen. Die braunen Ecken der Tätigkeit sparten wir alle wortlos durch *künstlerische Umschreibungen* aus. Ich machte mit Staats und Graf Bethusy die Arbeit an der Ost-West-Straße. Dann kam die Arbeit an der Elbufergestaltung. Städtebau und Architektur, diese mit vielen Entwürfen formaler Art für das Hochhaus und für das große Modell am Elbufer im Neubau an der Palmaille. Das war eine große Zeit.

Ich arbeitete damals unter Hillebrechts Ägide im von Ihnen aufgezogenen AKE, Amt für Kriegswichtigen Einsatz. Ich hatte den Einsatz der Arbeitskräfte – Strafgefangene, Kriegsgefangene, Ausländer, Hiwis – und der Bagger bei Bombenangriffen. Morgens um halb fünf kamen die Anrufe an mein Bett, wohin ich mit Bagger und Leuten kommen mußte, um Verschüttete zu bergen. Sonst war es der Einsatz der Arbeiten in Betrieben für die Kriegswirtschaft.

Dann wurde ich Soldat, Anfang 1942. Als Pionier-Rekrut in Harburg. Wenn ich vom Reichsstatthalter für einen Vormittag angefordert wurde ins Büro zu kommen nach Hamburg, wurde der dicke Spieß immer ganz rot vor Wut.

Ich ging im April 1942 nach Rußland, wo ich bei Newel vor Moskau bei einem Spähtrupp von einer Handgranate an beiden Beinen Splitterverwundungen erlitt. Andernfalls wäre ich wohl mit meinem Bataillon nach Stalingrad gekommen. So wurde ich nach Hamburg zurückgeschickt. Nur war Hamburg im Juli 1943 schon schrecklich zerbombt. Wir verloren in der Bismarckstraße in Harvestehude alles durch Phosphorbombe.

Ich bin als Leutnant nach Italien gekommen zur Panzerdivision 26. Bei Kriegsende habe ich mich auf der Seiser Alm in Südtirol verborgen und hielt Verbindung mit Meran und Bozen. So konnten alle meine Kameraden mit dem Zug von Bozen aus nach Deutschland zurückkehren, nur mich, der alles eingefädelt hatte, erwischte es. Ich geriet in ein Kriegsgefangenenlager bei Frankfurt/M. Wir gruben zu 11 Mann einen Stollen unter dem Drahtzaun, wurden aber erwischt. Doch wurden wir bald entlassen. Ich war am 10. Oktober 1945 zurück in Hamburg.

Hamburg – nur noch wenige Tage im Jahr und zu Besuch. Wir wären ja nicht fortgegangen, hätten wir die Wohnung behalten. Aber war die Fülle schöner Aufgaben hier in Uelzen nicht auch ein Leben wert? Die Vielseitigkeit des

Arbeitens!“ So weit also die gekürzte Wiedergabe des Briefes an Konstanty Gutschow.

Die Schilderung seiner Hamburger Jahre spart die Einbrüche seiner kreativen Arbeitsphase in den Kriegsjahren aus.

Großbauten in Uelzen

1954	Turmhelm der St.-Marienkirche
	Kreishaus
1964	Schule Veerssen
1960	St.-Johannis-Kirche
1966	Andachtsraum Wichernhaus
1972/73	Gebäude Kreissparkasse

Errichtung des Turmhelms der St.-Marien-Kirche

Es gab drei erste Preisträger der Ausschreibung zur Wiedererrichtung der Turmspitze: Karl Schlockermann aus Uelzen, Baudirektor Prendel aus Hannover und Architekt Steinborn aus Hildesheim. Die Ausführung ist eine Formensynthese dieser drei Entwürfe, welche die immer schwierigen Übergänge des Vierecks mit vier Walmflächen zum Achtecke der Spitze realisiert. Die Fundamentierungsarbeiten mit einer Betonfüllung hat das Baugeschäft Röver in Uelzen durchgeführt.

Am 16. Juni 1954 wurde bei großem Zulauf der Bevölkerung das Richtfest gefeiert. Der Zimmerpolier Wilhelm Schulz aus Uelzen hielt den plattdeutschen Richtspruch.

Am 16. August 1954 war der Wiederaufbau der Holzkonstruktion der Zimmerleute fertiggestellt und am Reformationstag des 31. Oktober 1954 wurde der Dankgottesdienst zur Vollendung der Turmhelms gefeiert.

Karl Schlockermann schrieb dazu in der Allgemeinen Zeitung **Gedanken zu seiner Vollendung:** *„Türme – riesige, kostspielige Bauwerke, über die Notwendigkeit aller Zweckbestimmung hinausgewachsen, geworden einzig aus Begeisterung, aus Freude am Spiel mit Formen, auf dem unbewußten Wege zu einem noch unaussprechlichen, aber schon sehnsüchtig gefühlten höheren Sinn – ab und zu begnadet mit einer köstlichen Formerfüllung.“*

Konstanty Gutschow

Geboren am 10. Dezember 1902 in Hamburg

Studium der Architektur an der TH Danzig und TH Stuttgart

1927 bis 1929 Mitarbeiter in der Hochbaudirektion Hamburg

bei Fritz Schumacher

1929 Gründung des eigenen Architekturbüros in Hamburg

1939 bis 1943 Architekt des Elbufers und der Neugestaltung Hamburgs

1943 bis 1945 Mitglied im Arbeitsstab Wiederaufbau bombenzerstörter Städte

1949 bis 1952 Berater der „Aufbaugemeinschaft“ Hannover

1972 zog er sich aus seinem Hamburger Büro zurück

Gestorben am 8. Juni 1978 in Hamburg

Konstanty Gutschow machte an der Gelehrtenschule Johanneum das Abitur und begann das Studium der Architektur an der TH in Danzig, wechselte aber bald schon an die TH in Stuttgart, wo vor allem Paul Schmitthenner sein Lehrer war. Nach dem Diplom in Stuttgart arbeitete Gutschow in verschiedenen Architekturbüros, ab 1927 in der Hochbaudirektion Hamburg unter Fritz Schumacher.

1928 legte er die 2. Staatsprüfung als Regierungsbaumeister ab, bekleidete das Amt nach der Gründung seines eigenen Architekturbüros 1929 aber nie.

Von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen, überlegte Gutschow Anfang der dreißiger Jahre in die UdSSR zu gehen. Aufgrund seiner Planungstätigkeit für die Sanierungsarbeiten in der nördlichen Hamburger Neustadt und seines politischen Engagements in der SA ab **1933 wird er an einem städtischen Kleinwohnungsbauprojekt in Hamburg-Horn** beteiligt. Er wurde Hamburger Vertrauensarchitekt der obersten Bauleitung der **Reichsautobahn**, zuständig für die Brückenbauten der Autobahn von Hamburg nach Lübeck. Hier profilierte sich Gutschow als Architekt mit großem organisatorischen Talent.

1937 wurde er zu dem Wettbewerb zur Gestaltung des nördlichen Elbufers eingeladen, den er auf persönlichen Entscheid Adolf Hitlers gewann. 1939 ernannte ihn der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann zum **„Architekten des Elbufers,“** ab 1941 zum **„Architekten für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg.“**

Abseits der Behördenstruktur war Gutschow direkt dem Gauleiter unterstellt, ähnlich dem Führerprinzip, mit dem der Generalinspektor Albert Speer dem Führer Adolf Hitler unterstand. Im Verlauf des sich verschärfenden 2. Weltkrieges wurde Konstanty Gutschow 1941 Leiter des **„Amtes für kriegswichtigen Einsatz“ AKE**, zuständig für die Organisation der **Trümmerräumung, Luftschutzmaßnahmen und Ersatzwohnraum-Beschaffung** und die Koordination des **Einsatzes von Zwangsarbeitern oder KZ-Häftlingen**. Nach den massiven Bombenangriffen im Sommer 1943 erstellte Gutschow mit seinen Mitarbeitern bis 1944 einen neuen Generalbebauungsplan. Kerngedanke ist die NS-Ortsgruppe als Siedlungszelle, Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten und Verkehr sowie die Auflockerung und Durchgrünung der Großstadt.

Ende 1943 wurde Konstanty Gutschow von Albert Speer als organisatorischer Leiter des **„Arbeitsstabs für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“** ernannt und erstellte die Planungen für Hamburg, Wilhelmshaven und Kassel.

Sofort nach der deutschen Kapitulation entwickelte Gutschow eine systematische Schadensstatistik, mit der die Wohngebiete der Weimarer Republik als Wiederherstellungsgebiete ausgewiesen wurden. Aus politischen Gründen wurde er aber Ende 1945 aus dem Vertrag entlassen und 1949 mit dem Verbot belegt, für öffentliche Auftraggeber tätig zu werden.

In Hamburg stellte der 1944 erstellte Generalbebauungsplan jedoch die Grundlage der folgenden Wiederaufbauplanungen dar, etwa mit dem **Durchbruch der Ost-West-Straße**. Gutschow selbst aber wurde gemieden und in Hamburg geächtet, da er maßgeblich an den Planungsstrukturen des Dritten Reiches beteiligt war. Seine früheren Mitarbeiter, allen voran Rudolf Hillebrecht, sein früherer Büroleiter, verbreiteten seine städtebaulichen Planungsansätze. Dieser war seit 1948 Stadtrat in Hannover und brachte ihn als Berater der "Aufbaugemeinschaft" Hannover ein, ebenso auch in Düsseldorf, wo Friedrich Tamms, ehemaliger Mitarbeiter von Albert Speer im Wiederaufbaustab, Leiter des Stadtplanungsamtes geworden war. Gutschow beeinflusste mit dem Wettbewerbserfolg der ECA-Siedlung in Hannover und der Tätigkeit im Preisgericht für den Wiederaufbau Helgolands den deutschen Nachkriegs-Städtebau im Sinn einer organischen Stadtlandschaft.

Konstanty Gutschow wurde wegen der maßgeblichen Beteiligung an den Planungsstrukturen des Dritten Reiches nach dem 2. Weltkrieg vor allem in Hamburg geächtet. Seine früheren Mitarbeiter allen voran Rudolf Hillebrecht verbreiteten aber seine städtebaulichen Planungsansätze. Dazu äußerte sich Konstanty Gutschow zu Recht in den folgenden Jahren und wies damit auf die Rechte des Initiators der Planungen hin.

Als Rehabilitation verlieh ihm auf Betreiben von Friedrich Tamms die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Professorentitel.

Konstanty Gutschow stellte seine Arbeiten und Planungsentwürfe ganz in den Dienst der Sache, ohne dabei aber zwischen städtebaulicher Auflockerung oder den Konsequenzen des totalen Krieges zu differenzieren, da er seine Aufgabe als Städtebauer als gänzlich unpolitisch verstand.

1972 zog sich Gutschow aus seinem Büro zurück und verstarb 1978 in Hamburg.

In der Zeitschrift "Bauwelt" veröffentlicht der Sohn Niels Gutschow einen Beitrag zur Person und zum Leben seines Vaters:

Die Geschichte hatte meinen Vater gezeichnet: Bis 1949 im Rahmen der Entnazifizierung mit dem Verbot belegt, für öffentliche Auftraggeber tätig zu werden, hatte er es schwer, in seiner eigentlichen Profession als Städtebauer zu wirken. In seiner Eigenschaft als "Fachmann" verstand er die Ächtung nicht. Eine Fehleinschätzung, die er mit der vorigen Generation teilte, bekräftigte ihn doch Fritz Schumacher mit der Bemerkung, die Aufgabe der Städtebauer sei durch und durch unpolitisch.

Quellen:

Staatsarchiv Hamburg
 Bestand: Architekten – Nachlaß Konstanty Gutschow
 A 315-1-3: Ortsplanung Uelzen
 A 329: „Fünf Propheten“
 A 330: Marienkirche
 A 334: Luftbrückenwohnbau

Literatur:

Werner Durth, Deutsche Architekten.
 Biographische Verflechtungen 1900 – 1970.
 Stuttgart-Zürich 2001

Jan Lubitz, Architekten-Porträt.
 Konstanty Gutschow 1902 – 1978.
 April 2002
http://www.architekten-portrait.de/konstanty_gutschow/

Konstanty Gutschow, Der Wiederaufbau der Altstadt Uelzens.
 In: Heimatkalender für Stadt und Kreis Uelzen 1949. S. 33-37

Durth, W. – Gutschow, N., Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau
 zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950.
 1. Bd. Konzepte. S. 264/5

Reimer Egge, „Mit Einverständnis der Militärregierung...“
 Uelzen von 1945 bis 1955.
 Becker Uelzen 1994. bes. S.96-109

Ders. Die „Fünf Propheten“ an der Veersser Straße.
 In: Heimatkalender für Stadt und Kreis Uelzen 1989. S.63-68

Hans E. Seidat (Hg.), Karl Schlockermann. Gedanken . Zeichnungen . Bauten.
 Becker Uelzen 1979

Niels Gutschow, Väter und Söhne.
 In: Bauwelt: Baukunst, Bautechnik, Bauwirtschaft. H. 15. 1984. S. 656/7

VI. Kulturleben

Der Überlebenswille im Anschluß an die Kriegsjahre war ungebrochen. In der ersten von den Alliierten einberufenen Beiratssitzung ging es zwar um nichts anderes als um Nahrungsbeschaffung, um die Reparaturen und den Wiederaufbau zerstörter Häuser und Wohnungen. Bürgermeister Farina selbst engagierte sich beispielsweise für die Besorgung von Draht und Nägeln, mit denen das Flickwerk aus alten Lederresten an den Holzpantinen festgemacht werden konnte.

Doch bei aller Not und Ärmlichkeit existierte weiter das Verlangen nach jahrelang entbehrtem kulturellen Leben, nach Konzerten, Lesungen und Aufführungen. Aus Sicherheitsgründen war in den Kriegsjahren das von den Nationalsozialisten gelenkte „Kultur- und Bildungsleben“ nahezu erloschen, das ohnehin keine interessanten Impulse vermitteln konnte. Die in Szene gesetzten Durchhalteparolen und ideologisch gefärbten Darbietungen vom

Heimatgefühl, heiler Welt und Deutschtum konnten nur in der kulturell dünnen Atmosphäre des Nationalsozialismus existieren.

Am 3. Dezember 1945 kamen sechs Beiratsmitglieder zusammen, um über kulturelle Angelegenheiten zu beraten: Oskar Krollpfeiffer (CDU), August Drögemüller (SPD), Josef Wagner (KPD), Rudolf Greß (FDP), Adolf Meyer (SPD). Den Vorsitz hatte Heinrich Meyerholz (CDU). Diese Sitzung war die Geburtsstunde des **Kulturausschusses der Stadt Uelzen**:

„Herr Meyerholz brachte die Bildung eines Kulturausschusses zur Sprache. Die Bildung dieses Ausschusses wird für erforderlich gehalten. Es soll beantragt werden, auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung die Wahl dieses Ausschusses zu setzen.“

Die erste Sitzung war für den 25. Januar 1946 angesetzt. Mitglieder des Kulturausschusses waren: Studienrat Dr. Hugo Werner, Städtischer Kulturdezernent, Vorsitzender – Dr. Kurt Graff, Bauingenieur – Hans-Günter Matthias (CDU) – Adolf Kloos (SPD) – Anna Rudolph (KPD).

Dr. Werner „gibt zunächst einen Überblick über die Geschichte der kulturellen Veranstaltungen in Uelzen, insbesondere über die Auseinandersetzungen der Stadt mit den NS-Organisationen“ heißt es lapidar im Sitzungsprotokoll. Daraus ist aber zu schließen, daß sich die Versammelten bei der Formulierung der Grundsatzfragen ihrer Verantwortung bewußt waren:

Die **Grundsatzformulierung** für das künftige städtische Kulturleben lautete:

1. **Wenige Veranstaltungen**
2. **Hochwertige Veranstaltungen**
3. **Eintrittspreise durch städtische Zuschüsse senken, um allen Kulturwilligen die Teilnahme zu ermöglichen**

Und weiter heißt es im Protokoll: „**Träger der offiziellen Veranstaltungen wird in Zukunft eine halbamtliche Organisation sein, die in enger Fühlungnahme mit der Stadt arbeitet.**“

Damit wird das gesamte Kulturleben in der Stadt Uelzen auf einen Blick zusammengefaßt. Der Satz beinhaltet den ersten konkreten Hinweis auf die beabsichtigte Gründung des **Kulturkreises Uelzen**.

Ein engagierter Einsatz der Kultur- und Interessenvereine, die in Uelzen seit dem 19. Jahrhundert existieren, bedeutet die bereichernde Vielfalt, die immer Grundlage eines blühenden kulturellen Lebens in der Gemeinde ist, doch war damit kein Jahresprogramm zu definieren. Die kanalisierenden Kräfte fehlten, so daß sich das Kulturleben zwar von Veranstaltung zu Veranstaltung frei gestaltete, doch die fördernden und motivierenden Initiativen der Kulturpolitik

auf der Grundlage einer funktionierenden Organisation, mit der auch weiterreichenden Verbindungen von Niveau fehlten.

Auf der Sitzung wurde das Schlagwort **Kulturbund** laut. Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wurde damit das Kulturleben in den Dienst des kommunistischen Parteiprogramms gestellt, im Westen aber ein übergreifender Kulturbund zur Wiederbelebung des kulturellen Lebens von den Alliierten abgelehnt, so daß sich das kulturelle Leben auf der Grundlage einer föderalistischen Struktur frei entfalten konnte und die kreative Vielfalt erhalten blieb. Mit gezielter Absicht hatte Dr. Hugo Werner auf der ersten Sitzung des Kulturausschusses die Auseinandersetzung der Stadt Uelzen mit der Kulturpolitik der Nationalsozialisten geschildert und klärte damit das Arbeitsziel des Kulturkreises für eine freie Entfaltung allen kulturellen Lebens. Gleichwohl ging es nun darum, das Kulturforum im Sinne einer erfolgreichen Realisation des kulturellen Lebens in der Öffentlichkeit organisatorisch in den Griff zu bekommen und auf diese Weise zu fördern.

Der Kulturkreis Uelzen

Die Gründungsversammlung des Kulturkreises Uelzen fand am 4. November 1946 im Schützenhaus unter der Leitung von Professor Dr. Hermann Bente statt. Geschäftsführer und Vorsitzender wurde Georg Kühl. Er hatte die Veranstaltungen der Konzerte, der Theateraufführungen der Dichterlesungen, der Kunstausstellungen und der Vorträge zu organisieren. Als halbstädtischer und nicht eingetragener Verein wurden seine Finanzen vom Stadtkämmerer kontrolliert. Der Kulturausschuß des Rates der Stadt mit dem Kulturdezernenten wurde dem Kulturkreis übergeordnet.

Die plakative Bekanntmachung zur erfolgten Gründung des Kulturkreises Uelzen enthält folgenden Kernsatz: **Der Kulturkreis soll als freie, überparteiliche Vereinigung tragender Mittelpunkt unserer Kulturarbeit sein und die Aufgabe übernehmen, ein ausgewähltes Programm hochwertiger Veranstaltungen (Konzerte, Theateraufführungen, Dichterlesungen, Kunstausstellungen, Vorträge) alljährlich darzubieten.**

Die Raumfrage blieb bis zur Einweihung des „Theaters an der Ilmenau“ 1970 das drückende Problem für die Veranstaltungen. Hier wurde Organisationstalent gefragt. Im Januar 1947 wurde eine Anfrage an die Welfare-Organisation der Alliierten gerichtet, den großen Kinosaal des Centraltheaters wenigstens für einen festen Tag in der Woche für die Veranstaltungen des Kulturkreises zu reservieren.

Außerdem stand der Saal des Hotels Stadt Hamburg zur allgemeinen Verfügung, doch war er nur unzureichend bestuhlt. Die Aula in der Schiller-Realschule war vor allem wegen des Einbaus der Orgel ausschließlich für

Konzerte zu nutzen und im Saal in der Gaststätte „Drei Linden“ gab es keinen Bühneneinbau für Theateraufführungen.

Vor allem war die **Öffentlichkeitsarbeit** zu leisten, d.h. die öffentliche Werbung und Bekanntmachung für die Veranstaltungen. Dem Druck von Plakaten und Programmzetteln, die beim Becker-Verlag Uelzen oder in der Niedersächsischen Buchdruckerei an der Schillerstraße gedruckt wurden, folgten kleine Handzettel im Briefumschlagformat, und vor allem waren die Eintrittskarten waren zu drucken, die in der Geschäftsstelle war in der Volksbücherei an der Bahnhofstraße eingerichtet, im Vorverkauf zu erwerben waren. Dort und auch in den Buchhandlungen „Steincke“, „Schimmel“ an der Gudesstraße / Ecke Schmiedestraße, „Matthias“ und „Fietz“ an der Bahnhofstraße und „Starcke“ an der Lüneburger Straße wurden maschinengeschriebene „Mitteilungen“ im Briefbogenformat mit den Ankündigungstexten und kurz gefaßten Besprechungen ausgehängt.

Im März 1947 umfaßte die **Mitgliederkartei**, die ja in der Geschäftsstelle der Volksbücherei geführt wurde, bereits etwa **1000 Namen**. Doch bliebe ein gewisse Unregelmäßigkeit bei der Organisation der Veranstaltungen bestehen. Da das Energieproblem weiterhin ungelöst blieb, d.h. daß es an Heizmaterial fehlte, konnten in dem extrem kalten Winter 1946/47 keine Aufführungen stattfinden, so kalt war der Saal. Für April 1947 konnten aber schon wieder zwei Aufführungen von Theaterstücken unter Vertrag genommen werden: das amerikanische Lustspiel „Drei Mann auf einem Pferd“ und Schillers „Kabale und Liebe.“ Das musikalische Ereignis des Jahres 1947 aber war die Aufführung der IX. Symphonie von Ludwig van Beethoven mit der Nordwestdeutschen Philharmonie.

Dank des engagierten Arbeitseinsatzes des Geschäftsführers Georg Kühl entwickelte sich der Kulturkreis Uelzen zu einer tragenden und prägenden Einrichtung im städtischen Leben. Das hatte natürlich Auswirkungen auf die weiterhin bestehenden kulturellen Organisationen und Verbände, die ihre eigenen Veranstaltungen realisierten und parallel liefen zu denen des Kulturkreises, dem eine glückliche Entwicklung bevorstand, die im Bau des Theaters an der Ilmenau gipfelte, für das sich vor allem der Geschäftsführer des Kulturkreises Georg Kühl jahrzehntelang unbeirrt und mit Nachdruck einsetzte.

Die Konzertdirektion Frank in Uelzen

Im Januar 1944 kam Fritz Frank mit seiner Familie aus Hannover nach Uelzen und bezog die Wohnung Ringstraße 7. Unmittelbar nach Kriegsende gründete er die **Konzertdirektion Frank**. Damit knüpfte Frank an seine Aktivitäten der

Kriegsjahre an, als er von Hannover aus Varieté-Veranstaltungen in den Erholungsorten im Harz organisierte.

Die Wohnung an der Ringstraße war auch Sitz der Agentur. Schon am 8. Dezember 1945 fand die erste Veranstaltung statt. Für den Saal im Hotel Stadt Hamburg hatte Frank Podeste aus Holz zimmern lassen, so daß immer drei Stuhlreihen erhöht aufgebaut werden konnten. Aufgeführt wurden „Unsterbliche Werke großer Meister.“ **Martha Frank** las klassische und moderne Dichtung. Das Quartett Ludwig Rust spielte „Werke köstlichster Kammermusik.“ Der **Druck des Programmzettels** wurde bei **Otto Depping**, Uelzen, Hoefftstraße 6 in Auftrag gegeben.

Das nun angelaufene Veranstaltungsprogramm der Konzertdirektion Frank war höchst vielseitig und präsentierte Künstler, die einen großen Namen hatten:

Die Ausdruckstänzerin **Ilse Meudtner** von der Staatsoper Berlin kam nach Uelzen. Der Pianist Heinrich Kreutz saß am Flügel. Häufig im Programm war die Landesbühne Braunschweig, die insgesamt siebenmal den „Hamlet“ vor ausverkauftem Haus spielte.

Realisierbar war dieses beeindruckende Veranstaltungsprogramm auch deshalb, weil in der schlechten Nachkriegszeit selbst namhafte Künstler und Häuser auf Engagements angewiesen waren, um die eigene Existenz zu sichern. Trotz aller Schwierigkeiten und Problemen, die schon mit der Anfahrt zum Veranstaltungsort begannen, nahmen die Künstler das Engagement wahr. Es mußte für Autobereifung gesorgt werden, es waren Benzingutscheine zu besorgen, es kam vor, daß der Zug nicht fahren konnte, weil die Schienenstrecke defekt war und repariert werden mußte, und in Uelzen angekommen, war ein Quartier zu organisieren. Ein Gasthaus- oder Hotelaufenthalt war den Künstlern aus Kostengründen nicht möglich. Sie gingen statt dessen privat in Kost und Logis. Hilfreich war **Lilli Schaumann**, die im Nachbarhaus Ringstraße 9 eine Wohnung hatte, weil sie von den Alliierten aus ihrem Haus an der Mühlenstraße ausgewiesen worden war, da die „Villa Schaumann“ wurde als Offizierskasino der Besatzungstruppen genutzt.

So war der Schriftsteller **Frank Thieß** ihr Gast, der später den biographischen Roman „**Caruso in Neapel**“ schrieb, erschienen im Bertelsmann-Verlag 1955. Am 17. November 1946 hielt Thieß einen Vortrag über Puccini, dem als zweiter Teil des Abends ein Arienvortrag aus den Opern Tosca, Manon Lescaut und Butterfly folgte.

Als sich die wirtschaftliche Lage mit der Währungsreform zu stabilisieren begann, geriet die „Konzertdirektion Frank“ in Schwierigkeiten. Zugleich entwickelte sich der halbstädtische Kulturkreis zur zentralen und zentrierenden Institution, welche die gastierenden Künstler unter Vertrag nahm und bei der die Anfragen von auswärts einliefen. Da der geschäftsführende Vorsitzende

des Kulturkreises Uelzen Georg Kühl war, der seit 1948 Mitglied des Rates der Stadt Uelzen war, hatte er in diesen Funktionen einen Vorsprung vor dem in Eigeninitiative arbeitenden Fritz Frank.

Auf der Sitzung des Kulturausschusses am 11. Juni 1947 beschied man den um Förderung seiner Konzertdirektion nachsuchenden Fritz Frank damit, daß ihm der Weg frei stünde, mit den Besitzern des Gasthauses Dreilinden und des Centraltheaters in Eigeninitiative verhandeln könne. Auch stünde ihm frei, bei der Stadtkasse einen Zuschuß für sein Unternehmen zu beantragen. Im übrigen müßten sich beide Kultureinrichtungen – sowohl der Kulturkreis als auch die Konzertdirektion – untereinander einigen, um konkurrierende Veranstaltungen und Engagements zu vermeiden, d.h. die Planung sollte auf lange Sicht, aber nicht spontan und unvorhersehbar organisiert werden.

Auf der Sitzung des Kulturausschusses am 18. Januar 1949 berichtete der Vorsitzende des Kulturkreises Georg Kühl dann, daß ein **Landesverband der Kulturvereinigungen in Niedersachsen** gegründet war und daß der Kulturkreis Uelzen in den Vorstand gewählt worden ist. Der auf der Sitzung anwesende Professor Dr. Hermann Bente begrüßte diese Entwicklung der Dinge mit den Worten, daß „ein **Kulturkreis keine diktatorische und monopolistische Angelegenheit** sei, doch bedürfe der Kulturkreis einer verstärkten Unterstützung seitens städtischen Behörden.“

Bis 1950 fanden noch einzelne kulturelle Veranstaltungen durch Vermittlung der Konzertdirektion Frank statt, dann stellte sie ihre Arbeit ein.

Quellen:

Ratsprotokolle der Stadt Uelzen 1945. 1946 bis 1949

Nachlaß Ingemarie Kühl-Gielow – Uelzen 1993

Literatur:

Reimer Egge, „Mit Einverständnis der Militärregierung...“

Uelzen von 1945 bis 1955.

Becker Uelzen 1994. Bes. S. 39-55; 110-116; 197-200

Ders.

Kulturelles Leben in den Nachkriegsjahren.

Die Konzertdirektion Frank in Uelzen.

In. Heimatkalender für Stadt und Kreis Uelzen 1993. S. 69-72

Reimer Egge
Stadtarchiv Uelzen
September 2004

